



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 2 (1932)

147 (30.6.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253746](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253746)

Hitlerkreuzbanner

Verlag: Die Volksgemeinschaft, Herausgeber: Otto Meißel, Schillerstraße 55, Telefon 4048. **Wiederholungsdruck**: P 6, 13a, Tel. 31 671. Das Hitlerkreuzbanner erscheint einmal wöchentlich und kostet monatlich 2,40 RM. Bei Vorbestellung monatlich 36 Pfg. Bestellungen können die Besteller und Briefträger entgegen. In der Zeitung am Erscheinungsort (auch durch andere Vertriebsstellen) ist kein Verkauf auf Verlangen. Für unentgeltlich empfangene Remittenten übernehmen wir keine Verantwortung.

NATIONALSOZIALISTISCHES
KAMPFBLATT NORDWESTBADENS

Anzeigen: Die 6erpaltenen Millimeterzeile zu 15 Pfennig. Die 4erpaltenen Millimeterzeile im Textteil 25 Pfg. Für kleine Anzeigen: die 6erpaltenen Millimeterzeile 5 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt nach anliegendem Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 16 Uhr. Anzeigenannahme: Mannheim P 6, 13a, Telefon 31 671; Zahlungs- und Erfüllungsort: Heidelberg. Ausschließlicher Vertriebsort: Heidelberg. Vertriebsstellen: Die Volksgemeinschaft, Raabstraße 21 634. Verlagssort Heidelberg.

Nr. 147/2. Jahrgang

Mannheim, Donnerstag, den 30. Juni 1932

Freiverkauf 15 Pfg.

Für des Reiches Stärke und des Volkes Einheit

Adolf Hitlers Kampfansage an alle Feinde der Reichseinheit — Eine Riesentwelle von Zuversicht und Kraft geht mit uns in den Kampf

München, 28. Juni.
Im Mittelpunkt der Schlusssitzung der Gauleiterversammlung, die sich unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser mit wichtigen organisatorischen Fragen beschäftigte, standen die Ausführungen Adolf Hitlers zur politischen Lage.

Einleitend unterstrich Gregor Strasser noch einmal die von der Reichspropaganda-leitung gegebenen Richtlinien für den bevorstehenden großen Wahlkampf, und betonte insbesondere die Notwendigkeit des Bewußtseins, daß eine Welle unerhörter Zuversicht zur Kraft der nationalsozialistischen Bewegung diesen unseren gigantischen Kampf im ganzen deutschen Volke begleite.

Sobald legte der Reichsorganisationsleiter die Grundzüge der bereits kurz veröffentlichten organisatorischen Neugliederung innerhalb der NSDAP, eingehend dar, unter Hervorhebung ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit. Er führte im einzelnen aus, warum diese Neuorganisation eine viel wirksamere Verantwortlichkeit, Verlebendigung und Leistungsfähigkeit mit sich bringe, wies insbesondere aber auch darauf hin, daß nach wie vor der Gauleiter für das gesamte Auftreten der Partei innerhalb seines Gebietes der Reichsleitung verantwortlich sei. Die genannten Dienstweisungen für die einzelnen Abteilungen der Reichsorganisation werden in Kürze erlassen werden; sie werden auch die Uniformierungsvorschriften für sämtliche politische Leiter im ganzen Reich entsprechend ihrer Rangstufe enthalten. In Vorbereitung befinden sich ebenfalls die Richtlinien zur Einrichtung von Disziplinarräten und Führerschulen im Rahmen der einzelnen Inspektorsgebiete. Strassers Ausführungen schlossen mit einem besonderen Hinweis auf die große Bedeutung der einzigartigen Organisation der Bewegung, die das Fundament der Partei sei und sich allen Umständen gegenüber gewachsen fühle.

Nach der Aussprache über die organisatorischen Fragen nahm

Adolf Hitler

das Wort zur richtunggebenden Ausschätzung über die innerpolitische Lage und die daraus für die NSDAP zu ziehenden Folgerungen. Insbesondere ging er dabei auf die im Vordergrund der innerpolitischen Entwicklung stehende Auseinandersetzung des Reiches mit einzelnen Länderregierungen, vor allem in Bayern ein. Der nationalsozialistischen Bewegung sei durch die Aufhebung gewisser geschäftsführender Länderregierungen gegen das Reich und durch die offene Kriegserklärung einflussreicher Mitglieder der Bayerischen Volkspartei an das Reich die große und verantwortungsvolle Aufgabe zugewachsen, Wahrheit der Reichseinheit zu sein. Die NSDAP, die zehn Jahre für des deutschen Volkes Einheit gekämpft habe, nehme den Kampf auch für die unzertrennbare Einheit des deutschen Reiches auf. Sie werde diese Einheit, das höchste Gut des deutschen Volkes, mit aller Energie, deren sie fähig sei und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vertei-

digen. Insbesondere in Bayern werde die NSDAP, der Kampfeifer sein, an dem sich die Feinde des Reiches die Köpfe einstoßen würden. Wer sich an dem Reiche vergeisse, gegen den werde die NSDAP unerbittlich sein.

Die treibenden Kräfte dieser ruchlosen Bestrebungen seien nicht mit dem bayerischen Volke zu verwechseln, ebenso wenig wie man die rheinischen Separatisten seinerzeit habe mit Preußen verwechseln können. Es handle sich hier um gewisse der Bayerischen Volkspartei angehörende Altkräfte, die ihre Stunde gekommen glauben und die sich erdreissen, der Welt einzureden, daß sie Bayern repräsentierten. Für diese Zentrumspolitiker sei auch jedes deutsche Füh-

renhaus nur ein Mittel zum Zweck. Wenn diese tatsächlichen Feinde der Reichseinheit südlich der Donau so weiter mobilisieren wie bisher, dann werde die nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung beginnen, nördlich der Donau die Geister ebenso mobil zu machen. Dann würden die Herrschaften vielleicht sehen, wo der Main richtig laufe. Vielleicht sei dann endlich die Möglichkeit gegeben, vor einem unpolitischen Gericht die Hintergründe des Jahres 1923 aufzudecken und die Wahrheit darüber zu ergründen, warum sich die NSDAP im Jahre 1923 in Bayern zu ihrem Vorgehen entschlossen habe. Damals seien die inneren Beweggründe dieselben gewesen, die heute

die NSDAP zur Wahrung der Reichseinheit auf den Plan rufen. Ihre Parole sei: Für des deutschen Reiches Kraft und Stärke und für des deutschen Volkes Einheit. In diesem Zeichen gehe die nationalsozialistische Bewegung mit ihrer ganzen Energie in diesen großen Wahlkampf hinein, an dessen Ende auch das Ende aller Verderber des Volkes und des Reiches stehen werde.

Die von Entschlossenheit und Willenkraft getragenen Ausführungen Adolf Hitlers riefen bei den versammelten Führern der NSDAP einen Begeisterungssturm hervor, wie ihn selten eine nationalsozialistische Führerversammlung gesehen hat.

Und nun Herr Maier?

Endgültige Aufhebung des Uniform- und Demonstrations-Verbotes Das braune Heer marschiert im ganzen Reich!

Berlin, 29. Juni.

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

1. allgemein nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile,

2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

2. Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im

Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Entgegenstehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

3. Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Absatz 1, Nr. 1, Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Aenderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten

und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefördert oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlung und Aufzüge vom 28. Juni 1932.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt Nr. 1, S. 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

2. Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

3. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der

Die Schande Deutschlands

symbolisiert dieses jüdische Reklamezeichen.



Am 31. Juli Abrechnung!

Gebt Hitler die Macht!

Der Reichsinnenminister fordert Verbot des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“

Berlin, 29. Juni. Der Reichsminister des Innern hat an den preussischen Innenminister Severing das Ersuchen gerichtet, den „Vorwärts“ und die „Kölnische Volkszeitung“ auf je fünf Tage zu verbieten.

Die Gründe.

Berlin, 29. Juni. In dem Schreiben, mit dem die Reichsregierung vom preussischen Innenministerium das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ auf fünf Tage verlangt, wird in der Begründung Bezug genommen auf den Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 26. Juni unter der Überschrift „Schwerer Mißgriff des Reichskanzlers.“ — Ist Herr von Papen noch als Delegationsführer möglich? Es werde gegen den Reichskanzler der ungeheure schwere Vorwurf erhoben, daß der Reichskanzler einer auswärtigen Macht nahegelegt habe, die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu ihren Gunsten auszunutzen. Dieser Vorwurf enthalte eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichskanzlers. Auch der Ausdruck, daß der Reichs-

kanzler mit seinem Interview an den Vertreter eines ausländischen Blattes sich weg-geworfen habe, liege in der gleichen Richtung. Wenn sich weiter die Zeitung am Schluß des genannten Artikels die angebliche Behauptung „dieser Kanzler ist eine Katastrophe“ zu eigen mache, so sei darin eine Beschimpfung zu erblicken. In dem gleichen Artikel werde behauptet, daß der Reichskanzler französischen Journalisten erklärt habe, er erkenne an, daß Frankreich bei einer sogenannten Liquidation der Reparationen Anspruch auf eine Kompensation habe. Der Reichskanzler habe diese Mitteilung bereits dementiert. Die Behauptungen der „Kölnischen Volkszeitung“ über den Inhalt des Interviews seien demnach unwahr. Erschwerend komme hinzu, daß die „Kölnische Volkszeitung“ ohne Nachprüfung des Tatbestandes sich lediglich die Behauptungen eines ausländischen Verlegerstatters zu eigen gemacht habe. Bei dem Verlangen auf Verbot des „Vorwärts“ wird Bezug genommen auf das Flugblatt des „Vorwärts“ unter der Ueber-

schrift „Volk, Du mußt zahlen, damit die SA paradiere kann.“ Es werde weiter darin erklärt, daß die Mittel, die auf Grund der Rotverordnung zur Erhaltung der Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung, sowie zur Erleichterung von Wohnfraktslasten der Gemeinden angefordert würden, daß die SA und SS auf Kosten der Rentenempfänger wieder erstanden seien. Darin liege eine Beschimpfung und Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Die Weiterverbreitung der Behauptung führe zu einer weiteren Erregung der an sich von außen- und innenpolitischen Ereignissen erregten Massen, sodah durch diese Veröffentlichungen lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet würden.

Severing erwägt das Verbot.

Berlin, 29. Juni. Das Verlangen des Reichsinnenministeriums auf Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ liegt zur Zeit dem geschäftsführenden preussischen Innenminister vor. Das Material wird im Ministerium geprüft. Für die Entscheidung steht laut Rotverordnung eine Frist von zwei Tagen zur Verfügung. Nach Mitteilung von zuständigen preussischer Stelle dürfte die Entscheidung im Laufe des Donnerstag zu erwarten sein.

„Die Separation der Ordnungsliebenden“ Die schwarze Fronde heßt weiter

Die neue Rotverordnung, die die frondierenden Parteiregierungen zur Durchführung der Reichsverordnungen zwingt, hat bei gewissen Herrschaften in München scheinbar derart eingeschlagen, daß der letzte Rest mühsam bewährter Fassung hin ist. Die „Bayerische Staatszeitung“ offenbar ihre Wut in einem Heftartikel der indirekt einer glatten Obstruktion gegenüber der Reichsautorität gleichkommt.

Nach schärfster Kritik am Reichspräsidenten, der lediglich einen höflichen Antwortbrief geschrieben habe, und dem Reichsinnenminister, der von dem Telegramm der bayerischen Regierung überhaupt nicht Notiz genommen habe, behauptet diese schwarze Gazette mit frecher Stirn, die „Staatsautorität der Länder“ sei von oben her, soll heißen von Hindenburg und von Gopl geschwächt worden.

Die schwarze Clique, die in München fälschlicherweise „im Namen Bayerns“ redet, hat allein durch ihr skandalöses Verhalten die schon ohnehin brüchige Autorität des ge-

schäftsführenden Münchener Kabinetts völlig zerstört.

Es ist ihre alleinige Schuld, daß es in Deutschland dazu gekommen ist, daß Landesregierungen durch Zwang des Reiches zur Ausführung der Gesetze gezwungen werden mußten. Daß dabei die „Autorität“ stöten geht, konnten sich gewisse Saboteure der ungleich wichtigeren Reichsautorität vorher sagen.

„Man werde selbstverständlich die Rotverordnung weitgehendst ausschöpfen“, so versichert das schwarze Organ und kündigt dann offen eine

„Separation der Ordnungsliebenden“ an. Wir Nationalsozialisten werden also neue Schikanen zu erwarten haben. Wir werden auch diese letzten Krämpfe eines sterbenden Systems überleben und dabei als Vertreter der Legalität den schwarz-rosen „Ordnungsfreunden“ so peinlich auf die Finger legen, daß ihnen die Ordnung, die wir erzwingen werden bald recht unangenehm sein wird.

Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwider gehandelt wird.

4. Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wittgänge und Wallfahrten.

5. Eine Anordnung nach Absatz 2, 3 kann den Bestimmungen des Landesrechtes angefochten werden.

§ 2.

1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft: I. wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt; II. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

3. Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt.

Und nun Herr Maier?

was gedenken Sie nun mit ihren schwarzen Ministerkollegen in Karlsruhe zu tun? Gedenken Sie an einer neuen Konferenz zur Abwendung der „braunen Pest“ teilzunehmen, oder gedenken Sie darüber nachzudenken, wo der Grenzfall der Störung der öffentlichen Sicherheit liegt? Der Herr Reichsinnenminister hat Ihre frisch-fröhlichen Regierungskunst gegen die Nationalsozialisten etwas abgedämpft, sodah leider für Sie nur noch geringe Möglichkeiten übrig bleiben Ihr staatsmännisches Format unter den geforderten Beweisen Ihrer Genossen zu stellen, denn . . . „weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft“ . . . und „entgegenstehende allgemeine Verbote dieser Art treten“ ebenfalls „außer Kraft“. Und schließlich I. Abs. 3, § 1: „Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot ausheben. Nicht „Er“ im friderizianischen Sprachgebrauch, sondern im heutigen. Nachdem Ihnen, Herr Maier, der Herr von Papen die Hauptarbeit Ihrer Regierungslast abgenommen hat, was gedenken Sie zu tun?

Bernhard Weiß und „Gottes Segen bei Cohn“

NSA. Unser Berliner Parteiorgan, „Der Angriff“, ist bekannlich wegen seiner ausführlichen Kommentare zur Einsetzung des „Chicago - Ausschusses“ beschlagnummt und auf fünf Tage verboten worden. Da Dr. Freisler hat inzwischen dem preussischen Landtag neues Material zu der Angelegenheit unterbreitet und das Verhältnis des Polizeipräsidenten Bernhard Weiß zu gewissen jüdischen Hazardsclubs aktenmäßig beleuchtet. Es handelt sich um Protokolle auf Grund der Aussagen der Frau eines ratierten Klubmitgliedes und einiger von den 34 (!) Klubangehörigen. Dr. Freisler kündigte nach weiteres Material an, das dazumal wird, wie in einem solchen Klub das gewerbsmäßige Glücksspiel in aufreizendster Weise betrieben wurde mit Geldern, die sich die Raffes auf Kosten des schaffenden Volkes erschoben haben.

Zu einem der bevorzugten dieser Klubs gehört jener in der vorderen Hauptstraße, dessen Mitglied auch der Staatsanwalt Wasmund war. Wie Dr. Freisler aus seinem Material folgert, trat auch dieser Klub unter die Verfügung des Bernhard Weiß, daß von Anzeigen gegen Mitglieder bestimmter Klubs ihm persönlich Mitteilung zu machen sei, und daß auf keinen Fall die einschlägigen Dezenten den Tatbestand eigenmächtig aufklären durften. Als ein-

mal durch ein Versehen eine solche Anzeige doch in den geordneten Geschäftsgang gelangt war, habe Weiß dem Dezenten die Akten weggenommen und sie drei Monate lang in seinem Schubfach liegen lassen, um sie dann mit einer neuen Anzeige ausgerechnet dem Staatsanwalt Wasmund zu übergeben, der das Verfahren mangels Beweise einzustellen begann. In einem zweiten Fall wurde eine zu weit gediehene Anzeigensache dadurch unschädlich gemacht, daß man kurzerhand jedem Mitglied einen Zahlungsbefehl von 150 RM. stellte, eine Strafe, die bei der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen wie ein Bettel wirkte.

Im Vorstehenden haben wir aus begrifflichen Gründen noch keineswegs das Gravierendste aus dem vom Dr. Freisler vorgebrachten Material wiedergegeben. Dr. Freisler stellte in Aussicht, die Herren Weiß und Geislerki dochsweise davon zu überzeugen, daß unsere Fraktion über mehrere Spielclubs der jüdischen Finanzaristokratie von innen und außen, nach ihren Geschäftsbüchern und ihrer Praxis, so trefflich Bescheid weiß wie der Polizeipräsident und der Polizeipräsident. Der Untersuchungs-Ausschuß wird so auch die Öffentlichkeit völlig ins Bild bringen. Einen bescheidenen Vorgenutz mag ihr einfließen die Mitgliederliste eines verbotenen Spielclubs der Berliner semitischen Hofmanij vermitteln, die unser Redner unter mitleidiger Verschweigung von Wohnung und Beruf bekanntgab. Sie lautet auf die Namen:

Dr. Auerbach, M. Arnholz, Hermann Hämel, Heinrich Balch, Willi Barichall, Siegfried Damberger, Hidor Basser, Hans Cohnheim, Dr. Fritz Cospari, Solo Cohn, Hugo Dolziger, Martin Friedenstein, Emil Friedmann, Samma Goldberg, Carl Gottlieb, Julius Girschwed, Leopold Girschberg, Hans Heilbrunn, Oskar Hamburger, Hans Hirsch, Albert Hirsch, Max Hirsch, Alwin Hirsch, Heinz Holländer, Wilh. Kores, Ludwig Kay, Adolf Kohn, Sally Labisch, W. Liepshitz, Sally Löwenstein, Helmut Löwenstein, Alfred Löwenstein, Dr. Wilh. Lewo, Aloos Lazar, Max Löwenberg, Ernst Lazarfeld, M. Markiewicz, Martin Marcanes, Arnold Drehburger, Fritz Rosenthal, Willy Rosenthal, Alfred Rosenthal,

Martin Sonnabend, Fr. Samtor, Max Schirna, Julius Schiefelager, Joseph Schreger, Jakob Schwarzchild, Kurt Schiefelager, Friedr. Stern, Martin Sternberg, Julius Stüdgold, Walter Stern, Paul Stern, Georg Treuberg, Dr. Fritz Weinberg, Bruno Wolff, Martin Wolfstein, Hugo Zadeh.

Reptilien-Pressfonds

Presskorruption ist heute beinahe schon gefehlich legalisiert und in Wirtschaft, Politik usw. sehr beliebt. Beamtete Sozialdemokraten treten sogar öffentlich für eine „Verbürgung“ für die Regierung ein, der die nötigen Gelder zur Verfügung zu stehen hätten. Der vergangene Reichskanzler Brüning hat immer versucht, einen besonders bescheidenen, uneigennütigen Eindruck zu machen und man könnte ihm nach seinem Auftreten beinahe glauben, daß er wirklich nur um der Sache willen in — allerdings wahnwichtigem guten Glauben handelte. Diese hohe Meinung wird denn doch arg getrübt, wenn man jetzt durch den „Fridericus“ davon überzeugt wird, daß dieser gleiche „bescheidene“ Reichskanzler und seine Ministerkollegen ganz unbedeutende Summen für eine Propaganda herausgeschmissen haben und — auf Kosten des ausgepreßten Volkes — der sogenannten Generalanzeigerpresse Tausende in den Rücken schmierten, damit diese ihre Politik vertreten und das Kabinett populär machen solle. Das hat nun allerdings bei der allzu kräftigen Sprache der Rotverordnungen am laufenden Bande wenig genügt.

Immerhin ist es bezeichnend, wenn man endlich erfährt, warum eine gewisse Presse so großes Interesse daran hatte, daß das Brüning-Kabinett weiter im Amte bleibe. Der Knäppel liegt beim Hunde. Die Regierung unterließ zahlreiche Mittelsmänner,

die dafür sorgten, daß die notleidenden Zeitungsverlage der Systempresse, denen ob der schlampigen Besinnung die Leser wegliefen, „janieri“ wurden. So war ein ehemaliger Bürgermeister Winkler, Zentrumsmann aus der Pfalz, in Berlin damit beschäftigt den „bürgerlichen“ und „unabhängigen“ Zeitungen der Pfalz Gelder zu verschaffen, die dann dafür für Brüning Reklame machen sollten. Diese Gelder stammten samt und sonders aus irgend einem Regierungsfonds. Auf diese Art sind vielleicht Hunderte von rücktraflosen, korrupten Zeitungsverlagen gestochen worden, die in ihren Spalten dann für das System Propaganda machten. Alles auf Kosten der Allgemeinheit! Neben der Provinzpresse, den „Generalanzeigern“ ist die großstädtische Apollpresse sicher nicht zu kurz gekommen. Es wird Aufgabe der kommenden Untersuchung sein, festzustellen welche Kräfte bei der Sanierung des Allteilverlages mitgespielt haben. Der Allteilverlag war vor ungefähr Jahresfrist dicht vor der Pleite angelangt. Zeitungsauflagen und Ausgaben wurden eingeschränkt, Personal entlassen. Auf einmal geht es wieder, die Pleite ist scheinbar überwunden. Damit aber ist auch eine ehemals gewichtige Persönlichkeit im Allteilverlag mit einem Hunderttausendmarkgehalt eingezogen: ein ehemaliger Staatssekretär aus dem Finanzministerium und dem Geschlechte Isaacs. Sehr verdächtig!

Württemberg beugt sich den Reichsbestimmungen

Stuttgart, 29. Juni. In der Sitzung des württembergischen Landtags vom Dienstag beantwortete der schwarze Herr Holz die große Anfrage unserer Landtagsfraktion bezüglich seiner Reise nach Berlin. Daß er sich dabei einige Ausfälle gegen die Reichsregierung leistet, liegt bei einem Zentrumsmann diese Natur der Sache. Vor allem wenn diese Regierung national ist und das Zentrum darin nichts zu melden hat. Wesentlich an der Antwort von Holz ist die Feststellung, daß sich Württemberg den Bestimmungen der Reichsregierung beugen werde.

Der so
den Verfa
fried Jahr
angeblich
daß hierf
Bauer we
seiner Bes
zu dem
ien, u. a.
feststell
rung Bau
formation
Bei der V
Oberstaats
nom berei
Seidem i
nichts me
Festlegung

Freie Nation

Odenb
Ems der
den Berat
renten für
Reichsleit
denburglich
der staatl
freiwilliger
arbeiten zu
werden soll

Seit J
roten Re
der Einf
dienstes
gekommen
nigen Wo
schon wird
Arbeitsdien

Sinwe

Berlin,
Fraktion
Antrag ei
regierung
den, daß
Ueberwach
gesellschaft
Ausschüsse
ligen polit
geht sind
Zur B
während d
Reichshabi
sozialisten
sen, was
Ueberwach
So habe
Berliner
eines sach
Hier über
lassen, ebe
propagand
beis, über
sismus als

Währe
gationen
Weltwirts
Handelsbe
die prakti
gesunder
Die I
hat neuer
deutscher
ist die deu
deshalb, w
nicht erkan
eine Reor
wirtschafte
tig an den
Güteraus

Die pre
DAP be
verhofes,
verbängt
Zeigen des
gerufen.
Aufhebung
pflichtet, d
Regierung
zu enthalte

Fort m
Die pre
DAP be
verhofes,
verbängt
Zeigen des
gerufen.
Aufhebung
pflichtet, d
Regierung
zu enthalte

Fort m
Die pre
DAP be
verhofes,
verbängt
Zeigen des
gerufen.
Aufhebung
pflichtet, d
Regierung
zu enthalte

Fort m
Die pre
DAP be
verhofes,
verbängt
Zeigen des
gerufen.
Aufhebung
pflichtet, d
Regierung
zu enthalte

Sozialdemokratische Ehrenmänner

Bauer zieht Strafantrag zurück

Der sozialdemokratische Reichskanzler a. D. Bauer hat seine vor Jahresfrist gegen den Verfasser der „Gefesselten Justiz“, Gottfried Jarnow erstattete Strafanzeige wegen angeblicher Beleidigung zurückgezogen, ohne daß hierfür sachliche Gründe bekannt wären. Bauer wollte sich durch die Darstellung seiner Beziehungen als Reichskanzler a. D. zu dem Großhändler Barmat beleidigt fühlen, u. a. durch die Behauptung in der „Gefesselten Justiz“: „Die fortlaufende Honorierung Bauers durch Barmat für laufende Informationen aus höchsten Regierungskreisen“. Bei der Vernehmung Jarnows durch den Oberstaatsanwalt Köhler erklärte sich Jarnow bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Seitdem konnte er von der Angelegenheit nichts mehr hören, bis er vor einiger Zeit Festsetzung der Verhandlung beantragte.

Jetzt endlich wurde Jarnow mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft die Verhandlung eingestellt hat. Anscheinend hat Herr Bauer keine allzugroße Lust, seine schon stark lädierte Persönlichkeit erneut in das Blüßlicht öffentlicher Kritik zu stellen und somit seinen Strafantrag zurückgezogen. So ist Jarnow

leider keine Möglichkeit geboten, die dunklen Beziehungen zu beleuchten, die 1920 bis 1921 zwischen Bauer und seinem Geldgeber Barmat bestanden haben. Herr Bauer dürfte aber gleich seinem Gesinnungsfreunde Heilmann für immer aus dem öffentlichen Leben ausgeschieden sein.

So wütet das marxistische Gefindel

Berlin, 27. Juni. Als Samstag nachmittag kurz nach 4 Uhr Trupps von SA-Leuten von der Beerdigung eines Kameraden über den Belle-Alliance-Platz kamen, trafen sie auf ein Propagandaauto der SPD., das mit Lautsprechern ausgerüstet war. Von den Fahrern dieses Autos wurde provoziert. Sie riefen „Frei Heil“ und drohten mit den Fäusten, aus dem Wagenfenster heraus. Es kam zu einem erregten Wortwechsel zwischen den beiden Parteien. Die Fahrer sprangen aus dem Wagen und griffen die SA-Leute an. Zur selben Zeit stürmten mehrere Reichsbannerleute, die aus der Lindenstraße kamen, auf die SA-Leute zu. Es kam zu einer großen Schlägerei, in deren Verlauf die Reichsbannerleute von den SA-Leuten zurückgeschlagen wurden. Als die SA-Leute dann an dem Haus der „Vorwärts“-Redaktion in der Lindenstraße vorüberkamen, hatten die Reichsbannerleute bereits das eiserne Gitter, das sich einige Schritte innerhalb der Toreinfahrt befindet, geschlossen und standen dahinter. Als die SA-Leute vorbeikamen, wurden sie bedroht. Plötzlich rief jemand aus der Toreinfahrt „Zurück, Achtung, es wird geschossen“ oder so ähnlich. Die am Gitter Stehenden stuteten zurück, und plötzlich fielen fünf bis acht Schüsse aus der Toreinfahrt. Ein SA-Mann brach mit einem schweren Bauchschuß zusammen und wurde sofort von seinen Kameraden nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Er wurde dort operiert und liegt zur Zeit noch in Narkose. Sein Zustand ist sehr bedenklich, man hofft jedoch, ihn am Leben erhalten zu können. Kurz darauf erschien die Polizei und riegelte die Straße und die Umgebung des ganzen Hauses ab, ließ jedoch Zivilisten durch die Toreinfahrt ein- und ausgehen, sodas durch schon die Möglichkeit genommen wurde, festzustellen, ob sich Waffen in dem Hause und im Besitz der innerhalb des Hauses befindlichen Personen befinden. Bald

darauf erschien noch ein Ueberfallkommando und ein Beamter der Kriminalpolizei, der den Tatbestand aufnahm. Ob Verhaftungen vorgenommen wurden, ist zur Zeit nicht bekannt. Wie mehrere Augenzeugen übereinstimmend bekunden, sind die Schüsse aus der Toreinfahrt gefallen.

Und diesen klaren Tatbestand hat die marxistische Journalle zu einem „Ueberfall auf die „Vorwärts“-Druckerei“ umgelogen, und ist deswegen beim Reichsinnenminister vorstellig geworden.

SA-Mann aus dem Hinterhalt lebensgefährlich angeschossen

Stuttgart, 28. Juni. Am Schluß einer Uebung eines nationalsozialistischen Sturmabzugs wurde gegen 2.30 Uhr nachts der Stuttgarter SA-Mann Paul Scholz aus dem Hinterhalt lebensgefährlich angeschossen.

Neue kommunistische Ueberfälle auf Nationalsozialisten

Leipzig, 29. Juni. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurde am Dienstag mittag am Ranstädter Steinweg ein Nationalsozialist, als er auf seinem Fahrrad von einem Kraftwagen überholt worden war, aus diesem heraus beschossen und erhielt einen Stechschuß im Knie. Desgleichen wurden am Dienstag nachmittag in der Salomonstraße zwei Nationalsozialisten von einem größeren Trupp Kommunisten überfallen und durch Messerstücke schwer verletzt. Dem Ueberfallkommando gelang es, 20 Kommunisten festzunehmen.

Freiwilliger Arbeitsdienst im Nationalsozialistischen Oldenburg

Oldenburg, 27. Juni. Der Gau Weser-Ems der NSDAP, teilt mit: Nach eingehenden Beratungen mit Dr. Hiel, dem Referenten für die Arbeitsdienstpflicht in der Reichsleitung der NSDAP, hat sich die oldenburgische Staatsregierung zur Einführung der staatlichen Arbeitsdienstorganisation auf freiwilliger Grundlage entschlossen. Die Vorarbeiten zur Einrichtung dieser Organisation werden sofort eingeleitet.

Seit Jahr und Tag brüten die schwarz-roten Reichs- und Länderregierungen über der Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes ohne über graue Theorien hinausgekommen zu sein. Oldenburg hat seit wenigen Wochen eine NS-Regierung und schon wird dieser Ruh- und Segen bringende Arbeitsdienst in die Wirklichkeit umgesetzt.

Sinweg mit den Schwarz-roten Ueberwachungsausschüssen vom Rundfunk!

Berlin, 28. Juni. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, durch den die Staatsregierung beantragt wird, bei der Reichsregierung dringend dahin vorstellig zu werden, daß die seit 1928 bestehenden politischen Ueberwachungsausschüsse bei den Rundfunkgesellschaften sofort abberufen und durch Ausschüsse ersetzt werden, die nach dem heutigen politischen Kräfteverhältnis zusammengesetzt sind.

Zur Begründung wird erklärt, daß auch während der Regierungstätigkeit des jetzigen Reichskabinetts bisher nur zwei Nationalsozialisten im Rundfunk hätten sprechen dürfen, was z. T. auch auf die Befugnis der Ueberwachungsausschüsse zurückzuführen sei. So habe der Ueberwachungsausschuss der Berliner Funkstunde jetzt die Uebertragung eines sachlichen Sachvortrages des Obersten Hiel über Arbeitsdienstpflicht nicht zugelassen, ebenso nicht den Vortrag des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. Goebbels, über das Thema: „Der Nationalsozialismus als staatspolitische Notwendigkeit“.

Reden und Taten

Während in Lausanne neben den Delegationen der Regierungen die Welfen der Weltwirtschaft über „Ankurbelung“ der Handelsbeziehungen der Welt beraten, nimmt die praktische Entwicklung auf den Aufbau gesunder Nationalwirtschaften hin ihren Lauf. Die schweizerische Zollverwaltung z. B. hat neuerdings die Grenze für die Einfuhr deutscher Kohlen gesperrt. Selbstverständlich ist die deutsche Wirtschaft durch solche Maßnahmen geschädigt, im wesentlichen aber nur deshalb, weil man in Berlin noch immer nicht erkannt zu haben scheint, daß zunächst eine Reorganisation der einzelnen Nationalwirtschaften eintreten muß, ehe man vorsichtig an den Wiederaufbau des internationalen Güterauslaufes herangehen kann.

Fort mit dem Flaggen-Verbot!

Die preussische Landtagsfraktion der NSDAP beantragte Aufhebung des Flaggenverbotes, das über die preussischen Seebäder verhängt ist. An keinem Bad habe das Zeigen der Hakenkreuzfahne Unruhe hervorgerufen. Die preussische Regierung sei zur Aufhebung des Verbots umso mehr verpflichtet, da sie als nur geschäftsführende Regierung sich aller politischen Handlungen zu enthalten habe.

Unpolitische Heimat-Warte

Edingen: Der Gesangverein „Sängereinheit Edingen“ konnte am Sonntag den 26. ds. Mts. bei dem Preisfesten in Diebheim bei Wiesloch einen sehr schönen Erfolg buchen. Er errang mit seinem Dirigenten, Herrn Musikdirektor Strubel in der Sonderklasse trotz starker Konkurrenz einen 1. Preis und Dirigentenpreis und blieb mit nur einem Punkt hinter der Tagesbestleistung zurück. Der Verein kann auf diesen Erfolg stolz sein, er hat dadurch die Gewißheit, daß er sich bei dem jetzigen Dirigenten in guter musikalischer Leitung befindet.

Friedrichsfeld. (Tod auf den Schienen). Am Sonntag vorm. wurde auf der Strecke Friedrichsfeld-Ladenburg, unweit der Schnellbahn die gräßlich verstümmelte Leiche des 45 Jahre alten Rheinschiffers Otto Lengens aus Ludwigshafen aufgefunden. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Die sofort benachrichtigte Oendarmerei von Edingen stellte fest, daß die Papiere des Getöteten in Ordnung waren. Der Tote trug 58 RM. Bargeld bei sich. Es dürfte Selbstmord vorliegen.

Dossenheim. (Schwere Streiterei). Zwei auswärtige Obsthändler (Mannheim) gerieten gestern Abend auf dem Marktplatz in Dossenheim wegen Zuteilung eines Korbes Kirchen derart in Streitigkeit, daß im Verlauf der Auseinandersetzung der eine dem anderen Händler mit einem Gewichtstein auf den Kopf schlug. Der Verletzte Händler Werner war sofort bewußtlos. Er mußte in das Krankenhaus nach Heidelberg gebracht werden. Nach einer Information im Krankenhaus soll Werner wieder bei Bewußtsein sein, aber die Sprache verloren haben.

Wertheim (Sportfest des F.C. Adler 09) Wertheim stand am vergangenen Sonntag im Zeichen des Sportfestes des „F.C. Adler

09“. Bei dem am Vormittag stattgefundenen „Quer durch Wertheim“ siegten die „Rickers“ Würzburg mit kaum zu erkennendem Abstand vor Wertheim. Der Wanderpokal der Stadt Wertheim, den bisher Crailsheim inne hatte, geht somit an Würzburg über. Am Nachmittag fanden einige Pokal-Wettspiele auf dem Sportplatz statt. Im ersten Spiel siegte Tauberbischofsheim über Lauda mit 4:2, im zweiten Spiel siegte Crailsheim gegen Reicholshausen mit 5:1, darauf siegte Wertheim gegen Tauberbischofsheim mit 2:1 und gewann dadurch den 1. Preis im Pokal-Turnier. Der Höhepunkt des Tages war das Spiel Wertheim-Crailsheim, aus dem Wertheim mit 4:2 als Sieger hervorging.

Reichartshausen. Mit dem diesjährigen Gantag des Bad. Kriegerbundes, Unterelzenjau, war gleichzeitig das 50 jährige Vereinsjubiläum des hiesigen Militärvereins verbunden. Am Samstag, den 25. Juni, wurde im Gasthaus „zum Köhler“ die Feier veranstaltet, bei der Kamerad Karl Jiegler von hier und Herr Pfarrer Hermann, Heidelberg, zu Ehrenmitgliedern ernannt wurden. Der 1. Vorstand Kamerad Reimuth übergab nach seiner Begrüßung das Wort an den 2. Vorstand, Kamerad Manschott, der berichtete, daß von den 32 Gründern des Vereins heute noch 5 das 50 jährige Bestehen mit feiern können. Es sind dies: Andreas Stech, Seb. Meister, Karl Groß, Adam Dollinger und Oskar Baumgärtner. Mit kernigen Worten durch den hier allseitig beliebten Herrn Pfarrer Hermann bekam der Abend seine eigentliche Weihe, der durch die Kapelle Spatz aus U. Rosau und den hiesigen Gesangverein verschönt wurde. Am Sonntag morgen erfolgte der Wekruf, dem sich um 9 Uhr der Festgottesdienst in dem bekannten Heldenbain anschloß. Herr Pfarrer Gilbert von hier hatte den Festgottesdienst übernommen. Nachmittags bewegte sich ein Festzug durch den Ort, mit den Gründern und Ehrenmitgliedern an der

München, 27. Juni. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Adolf Wagner hat an den Präsidenten der bayerischen Staatsschuldenerwaltung in München ein Schreiben gerichtet, wonach er seine gegebene Ermächtigung zur Benutzung des Familiennamens Unterstürft für Zwecke der bayerischen Staatsschuldenerwaltung zurückziehe. Eine Unterschriftleistung sei von ihm bis auf weiteres nicht mehr zu erwarten und zwar so lange als er vom Präsidenten des bayerischen Landtages gewaltsam verhindert werde seine Rechte und Pflichten als Abgeordneter auszuüben.

In der Begründung zu seinem Schreiben macht Abgeordneter Wagner darauf aufmerksam, daß die Schuldverpflichtungen des Staates die Unterschriften der Landtagskommissare tragen müßten, um rechtskräftig zu sein. Von großer Bedeutung werde die Lage aber dann, wenn es sich um die Abdeckung von Auslandsschuldenerwartungen handele. Die Bayerische Volkspartei werde zeigen müssen, wie sie die Schwierigkeiten, die durch ihre Schuld entstanden sei, meiere. Pg. Wagner hebt noch hervor, daß die einmal bestellten Kommissare für die Dauer des gegenwärtigen Landtages unabsetzbar seien.

Schusswaffe in Kinderhand

Dresden, 29. Juni. Ein bedauerlicher Unglücksfall trug sich am Dientsag Abend in Dresden-Ischernitz zu, wo auf der Münzmeister Straße fünf Knaben mit einer Luftbüchse nach einer Scheibe schossen. Ein unversehens losgegangener Schuß traf einen elfjährigen Spielgefährten mitten ins Herz; er brach sofort tot zusammen.

250 Jahre Champagner.

Paris, 29. Juni. In Reims fand am Dienstag zu Ehren des 250. Geburtstages des Champagner-Weines eine große Feier statt, an der eine Reihe amtlicher Persönlichkeiten teilnahmen.

Das Großfeuer in Skagen.

Kopenhagen, 28. Juni. Das Großfeuer, das die Hafengegend von Skagen Dienstag vormittag heimgesucht hatte, konnte nach drei Stunden zum Stillstand gebracht werden.

Spitze nach dem Festplatz, an welchem sich 41 Vereine beteiligten. Ein frohes Treiben auf dem Festplatz und ein Festball beschloßen den Weibetag. Montags war für die Jugend auf dem Festplatz Volksbelustigung. Allen Teilnehmern herzlichen Dank für die Beteiligung und Dank denen, die mitgeholfen haben bei den Vorbereitungen. Als Tagungsort für den nächsten Gantag ist Eschelbach bestimmt.

Bitte vormerken!

Für alle Angelegenheiten lautet unsere Anschrift

Verlag „Die Volksgemeinschaft“

Heidelberg, Postfach

Schriftleitung
Anzeigen-Abteilung
Vertriebs-Abteilung
Abt. Buchhaltung
Abt. Buchvertrieb

10448

Geschäftsstelle „Hakenkreuzbanner“

Mannheim, P 5 13a — Telefon Nr. 31471

Wir bitten nur persönliche Schreiben mit entsprechendem Namen zu versehen

Märkte.

Großmarkthalle Handschuhsheim
Stachelbeeren unreif 13—19, Johannisbeeren 13—18, Kirichen I. Qualität 15—24, Kirichen II. Qualität 9—14, Erdbeeren 15 bis 22, Himbeeren 63, Erbsen 8—9 Pfennig.
Anfuhr und Nachfrage sehr gut. Täglich Versteigerung um 10.30 und 17 Uhr.

Großmarkt Weinheim.
Kirichen 9—20, Erdbeeren 15—20, Stachelbeeren 9—12, Johannisbeeren 13—14, Himbeeren 53. Anfuhr gut, Nachfrage gut. Nächste Versteigerung heute 4 Uhr.

Wasserstandsrichten
Rhein: Schutterinsel 210, Rehl 357, Maxau 528, Mannheim, 423, Caab 299, Köln 268 cm.
Redar: Mannheim 411, Jagstfeld 100.

Die Wettervorhersage

Donnerstag: Meist heiter, Wärmezunahme, gegen Abend aufkommende Gewitterneigung.
Freitag: Schwül und erneute örtliche Niederschlagsneigung.

Wieder ein Urteil gegen marxistische Lügner

Die Berleumder Alfred Rosenbergs zu Gefängnis verurteilt

München, 28. Juni. Bekanntlich hatte der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Dr. Reichstagsabgeordneter Alfred Rosenberg, eine Reihe von sozialdemokratischen Blättern wegen der Behauptungen über einen Pariser Aufenthalt Rosenbergs während der Kriegszeit verklagt.

Am Montag vormittag wurde nun nach mehrtägigem Verhandlungstermin vom Amtsgericht München-Au das Urteil verkündet. Danach werden die angeklagten Schriftleiter Hermann Hacker vom „12 Uhr-Blatt“ Berlin, Wilhelm Günther von der „Leipziger Volkszeitung“, Ludwig Waller von der „Volkswehr“ für Schießen in Breslau, Kurt Caro von der „Berliner Volkszeitung“ zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten verurteilt. Der mitangeklagte Redakteur Goldschagg von der „Münchener Post“ wurde zu einer Geldstrafe von 800 Mark verurteilt. Ferner werden die Angeklagten zur Publikation des Urteils in ihren Blättern und außerdem im „Völkischen Beobachter“ und im „Vorwärts“ sowie zur Tragung der Prozeßkosten und der dem Kläger erwachsenen Auslagen verurteilt.

In der Begründung des Urteils wird darauf hingewiesen, daß die Behauptung geeignet war, den Privatkläger Rosenberg verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Sie enthalten den ohne weiteres erkennbaren Vorwurf eines Wechsels der politischen Handlungsweise und einer unehrlichen politischen Tätigkeit. Die verbreiteten Behauptungen sind nicht erwiesen worden. Reichsverkehrsminister a. D. Trebitsch stellt den Gebrauch der ihm in den Mund gelegten Äußerungen in Abrede. Die Angeklagten haben bei ihrem Bildungsgrad die ehrenrührende Wirkung der Ausführungen der Artikel gekannt. Rosenberg war zur Zeit der Veröffentlichung der Artikel Mitglied des Reichstags und stand als solches im öffentlichen Leben. Er ist auch Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“ und steht demnach auch jetzt noch im öffentlichen Leben. Die Behauptungen sind geeignet, Rosenberg des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er zu seinem öffentlichen Wirken als Reichstagsabgeordneter bedurft und dessen er für sein öffentliches Wirken als Hauptschriftleiter bedarf. Die Angeklagten haben sich mit Ausnahme von Goldschagg nicht in entschuldigenden guten Glauben an die Wahrheit der Äußerungen befunden. Es lag auch bereits ein rechtskräftiges Urteil in der gleichen Angelegenheit vor. Die Angeklagten hätten die Verpflichtung gehabt, davon Kenntnis zu nehmen. Der Vertreter des Privatklägers hat beantragt, auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis zu erkennen. Es wird deshalb davon abgesehen,

eine mit Rücksicht auf die schweren Vorwürfe gebotene höhere Strafe gegen die Angeklagten auszusprechen.

Ein weiterer Berleumder gestellt

NSA. Von marxistischer Seite wird seit einiger Zeit eine Hehroschüre: „Das Selbstporträt Adolf Hitlers“ verbreitet. Darin werden nach „bewährter“ sozialdemokratischer Fälschungsmethode Sätze aus Hitlers Werk „Mein Kampf“ in ebenso raffinierte wie schamlose Weise aus dem Zusammenhang gerissen und damit der Sinn völlig entstellt. Der Verlag Franz Eber Nachf. hat gegen den Verleger dieses Machwerks, den sozialdemokratischen Parteiverlag S. W. Diez Nachf., Berlin, Klage erhoben. In diesem Verfahren hat nun die 21. Instanz des Landgerichts I in Berlin folgendes Urteil verkündet:

1. Der Beklagte wird bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe verboten, ihr Heft „Das Selbstporträt Adolf Hitlers“ herzustellen und zu verbreiten.

2. Der Beklagte werden die Kosten des Rechtsstreits auferlegt.

3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 3000 RM. vorläufig vollstreckbar.

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht die Dreifachheit der marxistischen Hehremethode erneut gerichtlich dokumentiert wird!

Und abermals eine Hebe zusammengebrochen

NSA. Im Juni vorigen Jahres veröffentlichte die sozialdemokratische „Münchener Post“ einen angeblichen Brief von Oberleutnant Schulz, in dem die bekannten Behauptungen gegen hohe Führer der SA, insbesondere gegen den Chef des Stabes, Oberleutnant Köhm, wiederholt waren. Dieser Brief war gefälscht, wie durch ein im April durchgeführtes Strafverfahren gerichtlich festgestellt wurde. Nunmehr wurde auch der verantwortliche Schriftleiter Martin Gruber der „Münchener Post“, der diesen gefälschten Brief zum Anlaß gemeiner Ausfälle genommen hatte, auf Klagestellung von Oberleutnant Schulz hin, wegen übler Nachrede zu 400 RM. Geldstrafe, im Nichterleidungsfall zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ein zweiter „Fall Eckert“

Wie lange noch?

Es ist heute nicht das erstemal, daß wir uns an dieser Stelle mit der Person des sozialdemokratischen Pfarrers Kappes von Karlsruhe befassen müssen. Waren es bisher seine Ausführungen in rein politischen Versammlungen, die uns Veranlassung gaben, die boshafte evangelische Kirchenregierung darauf aufmerksam zu machen, daß sich hier ein zweiter „Fall Eckert“ entwickelt, so ist es heute eine ablehrende Rede gegen die sogenannte „Obrigkeitskirche“, die er am vergangenen Sonntag, den 26. Juni in Wertheim gehalten hat. Das Thema, das er sich gestellt hatte, hieß: „Obrigkeitskirche oder Volkskirche?“ Schon das äußere Bild der Versammlung war symptomatisch für den Stand religiöser Sozialisten. Neben unter den Wertheimer Nazis sah Kappes, unter Leuten, die Jahr und Tag die Kirche nicht von innen sehen, für die die Kirche eine „Privatklade“, ja noch mehr, „Opium für das Volk“ ist. Sprechende sozialdemokratischer Freiwirtschaftsverbände haben in Frankfurt „Lob den Pfaffen!“ gebrüllt und wenn die Werthei-

mer „Genossen“ dabei gewesen wären, dann hätten sie das gleiche getan. Unter diesen Leuten sah Kappes, der heute noch Jugendpfarrer in Karlsruhe ist.

Während Kappes sich am Anfang seiner Rede einer gewissen Zurückhaltung befleißigte, was sonst nicht seine Gewohnheit ist, wurde er im weiteren Verlauf derselben sehr ausschlagend gegen die Kirchenregierung und gegen den Nationalsozialismus. Politik, meinte er, liege auf der „materiellen Ebene“ (11), wodurch er seine Auffassung von dem Begriff „Vaterland“ bescheinigte, die anscheinend in den Worten gipfelt: „Wo es dir gut geht, da ist dein Vaterland!“ Von hier bis zu dem Wort Christi: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt!“ ist nur noch ein Schritt. Im Jahre 1924 habe er eine Unterredung mit dem Kirchenpräsidenten gehabt, in der derselbe sich ihm gegenüber in häßlicher Weise ablehnend verhalten habe. Eckert sei immer loyal gewesen. Die religiösen Sozialisten seien offen unterdrückt worden und vor dem kirchlichen Disziplinär-

gericht sei er, Kappes, gestanden, wie vor einem Untersuchungsgericht. Schwere Anklagen müsse er in aller Öffentlichkeit gegen die Kirchenregierung erheben, die keine geistigen Führer habe und überhaupt keine beschlossene Persönlichkeit. Vor allem der Führer der Pfaffen, Landesbischof von Bender, wurde mit scharfen Angriffen bedacht. In breiter Form ging Kappes auf die letzte Sitzung der Landesynode ein, und nicht nur auf die Plenarsitzungen, über die die ganze Presse berichtet hat, sondern auch auf Sitzungen des Finanzausschusses (!). Das Kirchengeld habe man aus wahlrechtlichen Gründen wegen der bevorstehenden Kirchenwahlen fallen lassen. Der Finanzmann der Synode habe erklärt,

das Geld lange noch bis zum 15. Juli. Dann könne man neue Finanzquellen erschließen, denn dann habe man die Wahlen nicht mehr zu fürchten.

Seine Ausführungen gegen die „evangelische Nationalsozialisten“ können wir ruhig übergehen, da dieselben nur aus der Angst geboren waren, in der kommenden Synode ausgeschaltet zu werden. Im übrigen war es die bei ihm übliche niedere Polemik gegen die NSDAP und ihre Führer.

Wir fragen nun in allem Ernst die evangelische Kirchenregierung, ob sie noch länger gewillt ist, dem Treiben zuzusehen. Es geht um nicht weniger, als um das Ansehen der evangelischen Kirche in ihrer Gesamtheit. Es liegt an der Kirchenregierung, einem zweiten „Fall Eckert“ rechtzeitig und mit den geeigneten Mitteln vorzubeugen. Pöppel.

Parteiämterliche Mitteilungen.

Abteilung Steuerberatung. Die Abteilung Steuerberatung der Gauleitung erteilt an Parteigenossen Auskunft und Rat in allen Steuerangelegenheiten. Sprechstunden täglich von 17—18 Uhr, ausgenommen Samstags. Anfragen von auswärts ist Nachporto beizulegen.

Abteilung Steuerberatung der Gauleitung Baden.

Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!

Gegen konfessionelle und Klassenkampf-Verheerung

Gebt Hitler die Macht!

abende der NSDAP hört er Hitler. Er ist begeistert und sagt zu einem Freunde: „Wenn überhaupt jemand, so wird dieser unbekannte Hitler, den ich da gestern gehört habe, Deutschland noch einmal in die Höhe reißen.“

Er wird Parteimitglied und SA-Mann und macht als solcher gleich die erste Saalschlacht im Hofbräuhaus mit. Ein Bierseidel verleiht ihm dabei derart schwer am Kopf, daß er genötigt werden muß. Heute noch ist die Stelle kahl. Auch an dem „Duff“ im November 1923 ist er beteiligt. In der Nacht auf den 9. November geht er mit Hitler ins Bürgerbräu und bringt die Minister, die er im Saale festgenommen hat, in die Villa Lehmann. Dann fährt er Schweyer und Wügelhofer mit dem Auto in die Berge. Während er sich auf der Suche nach einer abgelegenen Unterkunft befindet, bringen diese es fertig, unter dem Eindruck des Mithlins des Staatsreiches, die anderen Begleiter zu bewegen, sie zurückzuführen. Daraufhin tritt Hef ein halbes Jahr in den bayerischen Bergen umher. Im Mai stellt er sich, zwei Tage vor Aufhebung der bayerischen Volksgerichte, der Polizei. Er kommt zu Hitler und den anderen Kameraden nach Landsberg. An Solvester 1924 wird er mit Bewährungsfrist entlassen. Eine Fortsetzung seines Studiums ist wegen Geldmangel unmöglich. Der ihm befreundete Professor für Geopolitik an der Universität München, General a. D. Haushofer, nimmt ihn als Assistent an die Deutsche Akademie.

Seit dem Frühjahr 1925 ist er Hitlers Privatsekretär und ständiger Begleiter auf Reisen, bei Versammlungen und Besprechungen. Er wird jedoch zeitweise von dem zweiten Adjutanten, Wilhelm Brückner, einem kraftvollen und lebenswärtig-besseren badiischen Hünen, abgelöst.

An dieser Stelle muß auch Schaub, Hitlers ständiger Begleiter erwähnt werden. Er ist für des Führer Sicherheit verantwortlich und daher — sein treuer Schatten. Auf jeder Reise, jeder Fahrt begleitet ihn dieser offene, lebenswerte Mensch.

Unsere Führer

Walter Darre

Leiter der agrarpolitischen Abteilung

Wohl eine der begabtesten Persönlichkeiten im Kreise um Hitler. Die ihm unterstellte Abteilung ist, trotzdem sie noch sehr jung ist, vordringlich organisiert.

Er wurde am 14. Juli 1895 in Buenos Aires, wo sein Vater Chef eines großen deutschen Handelshauses war, geboren. Seine Mutter ist Schwedin. Zehnjährig kommt er nach Deutschland zurück, besucht die Schule und nach ihr die deutsche Kolonialschule in Wismar. Bei Kriegsausbruch tritt er als Freiwilliger ins 10. Feldartillerie-Regiment Hannover. Er bringt es zum Reserveoffizier. Nach dem Kriege studiert er auf der Kolonialschule weiter und erhält das Diplom als Landwirt. Praktisch arbeitet er dann als Elève und Verwalter in Bayern, Hessen und Oldenburg. In Halle macht er dann sein Staatsexamen und wird Diplom-Landwirt. Als solcher setzt er sich besonders für die Tierzucht ein. 1923 sendet ihn Schiele als Reichsvertreter nach Laptis zur Ausstellung, nachdem er vorher schon in Sonderaufträgen in Finnland war. Hierauf tritt er eine größere Studienreise an und wird nach dieser landwirtschaftlicher Sachverständiger an den Gesandtschaften in Kowno, Reval und Riga. Seine Liebe zum Bauerntum — besonders zur nordischen Rasse — treibt ihn dazu, sich in mehreren Büchern und Zeitschriften für die Wiedergeburt des Bauerntums einzusetzen. Die Bücher sind: „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ und „Neuadel aus Blut und Boden“.

Durch sie wird Hitler auf ihn, der schon 1927 der Partei nahegetreten war, aufmerksam. Er ruft ihn nach München und übergibt ihm die Leitung der innerhalb der Reichsorganisation II einzurichtenden agrarpolitischen Abteilung. Nach einem Jahr umsichtiger und fanatischer Arbeit hat er schon

10 000 Funktionäre auf dem Land. Die „Nationalsozialistische Landpost“, die er gründet und die bald überall verbreitet ist, erweckt die Bauern aus der Apathie. Sie merken, daß hier jemand ist, der sie wirklich versteht und bemüht ist, ihnen zu helfen. Im Nationaltheater zu Weimar findet am 3. Februar die erste Tagung der Vertreter des gesamtdeutschen nationalsozialistischen Bauerntums statt. Am Ende des Jahres wird bereits der Nationalsozialist, Landwirt Werner Willikens, M.D.R., von der Vertreterversammlung des Reichslandbundes in das Präsidium gewählt. — Die Nationalsozialisten sind also in das Präsidium des Reichslandbundes eingebrochen. Darre darf mit Recht auf diesen Erfolg, der hauptsächlich ihm zu verdanken ist, stolz sein.

Erwähnt werden muß hier noch, daß Darre in der Unterabteilung „Ostland“, in dem 26 Jahre alten Thüringer Karl Moß, eine sehr fleißige und hoffnungsvolle Stütze hat. Moß hat in München studiert und dort auch sein Diplom als Bauingenieur erhalten. Während seiner Studienzeit war er Führer der Hochschulbewegung. Er ist seit 1928 Parteimitglied und seit dem Frühjahr 1931 Führer der Abteilung „Ostland“.

Rudolf Hrk

Adjutant und Privatsekretär Hitlers

Eine große, schlanke Erscheinung, dunkel, fast schwarzhaarig, mit klugen, hellen Augen — die zuweilen ernst und nachdenklich vor sich hin sinnend, dann wieder unbefangene Heiterkeit ausstrahlen. Ein gerader und offener Charakter, den Hitler ungemein schätzt und dem er vollstes Vertrauen schenkt. Er kennt wohl am besten des Führers Gedanken und Pläne, ist er doch schon während der langen gemeinsamen Festungshaft in Landsberg demselben innerlich nahegekommen.

Hef ist am 26. April 1896 zu Megandrien in Leggippen geboren. Sein Vater ist Großkaufmann und stammt aus einer fränkischen, in Wunsiedel ansässigen Familie.

Die ersten 14 Lebensjahre verlebte er im fremden Land. Dann schickt man ihn nach Godesberg am Rhein aufs Pädagogium, wo er das Einjährigen-Examen besticht. Mit Vorliebe treibt er Mathematik und Physik, für die er auch eine ausgeprochene Begabung zeigt. Dem Wunsche seines Vaters entsprechend, dessen Geschäft er später übernehmen soll, kommt er aber zuerst in die Schweiz, dann nach Hamburg, in die kaufmännische Lehre. Noch während seiner Lehrzeit bricht der Krieg aus. Als Kriegsfreiwilliger tritt er ins 1. Bayerische Infanterieregiment München. Einer Verwundung wegen, die er sich im Juni 1916 bei Verdun zuzog, muß er zurück in die Heimat. Doch bald geht er wieder hinaus zum 18. Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment an die rumänische Front. Er wird der Brigade Pechmann zugewiesen, die später in die Waldkarpaten abkommandiert wird. Hier erhält der junge Stoßtruppführer bei einem Erkundungsvorstoß einen Lungenschuß, dessenwegen er wieder in die Heimat zurück muß. Im Lazarett erhält er seine Beförderung zum Leutnant. Nach seiner Entlassung aus demselben kommt er zuerst zum Ersatzbataillon des Leibregiments in München. Dann — damit geht sein sehnlichster Wunsch in Erfüllung — zur Fliegertruppe. Leider kann er nach vollendeter Ausbildung nur noch wenige Flüge unternehmen. Der Waffensstillstand wird verkündet. Mit dem Fliegerabzeichen geschmückt, das er für besonders gute Fliegeleistungen erhalten hat, fliegt er mit seinen Kameraden nach Trier und von dort aus mit einem anderen Jagdflieger weiter — in die Heimat.

Auch er wird nach der Revolution Mitglied der Thule-Gesellschaft. Durch ein Wunder entgeht er der Verhaftung und dadurch dem sicheren Tode; denn die damals gefangen genommenen Geiseln wurden später erschossen. Bei der Befreiung Münchens von der Räteherrschaft am 1. Mai erhält er einen Weinschuh. Nun studiert er Volkswirtschaft und Geschichte. In einem der kleinen noch schwach besuchten Sprech-

2. Jahrg. / Nr. 147
2. Jahrg.
Pforz
rechten
des Mo
Einwoh
Den An
rung, d
fizkoffe
Beitreib
nommen
her woll
hatte ei
gleich al
Hauptstr
hatte sic
gestemelt
Seitiger
5 Jentner
Wert von
liche Erre
bedrohlich
ster annah
lizebeamte
Seit e
schon eini
gem kann
ten Zeit
Aufmerk
zu an Hän
das wär
Elektrizit
lung von
sab ich in
männliche
serie am
diese mir
teigentler
stille ich
durft an
Bei d
daß sich
stände und
babe; alles
Republik
ihre frühe
Pfeile wie
und häßler
Simpel ab
indem sie
Gartengeld
ten, wo b
len Regun
glücklicher
mühte die
tragen sein
eben verfi
bleiben. A
so ist uns
fung die
worden.
davon noc
die Befass
schriebener
Wenn ich
darf, wie
den, dann
unsere Jde
Wertfösch
Ausfaat
besteht die
Samenkdr
tieler ist
entfpreche
„Das F
ist der Sp
matfront i
für Kohlen
buch schre
brüder, u
fuge Abfä
an! Ich k
wässerigen
Büchlein f
sein, daß d
ganz aus
hinausgep
Darum
ihre von de
Uebertrag
chen Körper
aber den g
terfangen,
ist, bist au
Nehmt
der von eur
hierbrust u
Klängen er
„Sie
zu einem
bapt ihr an
Es ist n
beerdigen l

Bauernsturm gegen Maier-Polizei

Zwangsversteigerungen mit Schutzpolizei — Die Polizei schießt — 62 Jahre alter Landwirt schwer verletzt — Vier weitere Personen, darunter eine alte Frau verletzt

Pforzheim, 28. Juni. Zu einem regelrechten Bauernaufbruch kam es im Laufe des Montag in der benachbarten etwa 1200 Einwohner zählenden Gemeinde Göbbrich. Den Anlaß dazu bot eine Zwangsversteigerung, die im Auftrage der Pforzheimer Justizkasse bei dem Landwirt Karl Hoffstätter zur Versteigerung von Grundbuchposten vorgenommen werden sollte. Der Gerichtsvollzieher wollte ein junges Rind versteigern und hatte einen Pforzheimer Metzgermeister gleich als Steigerer mitgebracht. Auf der Hauptstraße vor dem Hause des Landwirts hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die bei dem ersten Gebot des Steigerers von 24—28 RM für das etwa 5 Zentner schwere Tier, das tatsächlich einen Wert von 140—150 RM hat, in begriffliche Erregung geriet. Da die Menge eine bedrohliche Haltung gegen den Metzgermeister annahm, alarmierte der anwesende Polizeibeamte den Pforzheimer Ruf. Dar-

auf trafen vier Polizeibeamte aus Pforzheim ein, die den Landwirt, seinen Sohn und einige Demonstranten verhafteten und in Ortsarrest abführten. Inzwischen war dem Landwirt von anderer Seite Geld vorgestreckt worden, um die Versteigerung zu verhüten und die Menge ließ sich wieder. Als jedoch im Ort das Gerücht auftauchte, die Verhafteten sieben Personen sollten nach Pforzheim gebracht werden, rottete sich gegen Abend eine größere Menschenmenge vor dem Rathaus, wo sich die Verhafteten befanden, zusammen und machte Miene, das Gebäude zu stürmen. — Ein um abends 9 Uhr eintreffender Bereitschaftswagen der Pforzheimer Polizei wurde mit Steinen und Holzstücken beworfen und es kam zu einem regelrechten Sturm auf das Rathausgebäude wobei die Fensterscheiben und auch Dachziegel zertrümmert wurden. Die Polizei war gegen die Menge machtlos und mußte unverrichteter Sache wieder zurückgezogen werden. Mittlerweile hatten die Dorfbewohner den Ortseingang und die Hauptstraße mit Heuwagen verbarrikadiert und ein um 10 Uhr abends eintreffendes starkes Schutzpolizeiaufgebot wurde erneut mit einem Hagel von Steinen, Holzstücken und Brettern empfangen. Mithlich fielen auch Schüsse.

Die Beamten machten daraufhin gleichfalls von der Schutzwaffe Gebrauch, wobei ein 62 Jahre alter Landwirt durch einen Schulterschuss schwer verletzt und vier weitere Personen, darunter eine ältere Frau leichter verletzt wurden. Auch verschiedene Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Schließlich gelang es der Polizei, die Straße zu räumen, worauf die Beamten vor dem Rathaus vorfuhren, die Verhafteten mitnahmen und in rascher Fahrt das Dorf am unteren Ausgang verließen. Am heutigen Mittwoch vormittag traf dann die Pforzheimer Gendarmerie in Göbbrich ein. Die mit Karabinern ausgerüsteten Beamten besetzten sämtliche Straßen und Ortseingänge und nahmen eine eingehende Durchsuchung nach Waffen vor, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist. Die Frage, von welcher Seite die ersten Schüsse gefallen sind, bedarf noch der Klärung. Der schwerverletzte Landwirt mußte ins Krankenhaus nach Pforzheim eingeliefert werden. Auch von den anderen Verletzten dürften noch einige Aufnahme im Krankenhaus finden müssen. Göbbrich ist eine verhältnismäßig arme Gemeinde, die über hundert Arbeitslose und eine größere Zahl Wohlfahrtserwerbsloser zu unterstehen hat.

„Drei Pfeile . . .“

Seit einigen Tagen, es kann aber auch schon einige Wochen sein, denn Unwichtigem kann man in unserer heutigen bewegten Zeit mit dem besten Willen nicht so viel Aufmerksamkeit schenken, sieht man ab und zu an Häusern drei Pfeile. Erst glaubte ich, das wären Merkzeichen des städtischen Elektrizitätswerkes aus Anlaß der Umstellung von Gleichstrom auf Wechselstrom. Nun sah ich in den letzten Tagen aber auch einige männliche Wesen mit einer solchen Spargelferte am Revers des Rockragens, und da diese mit durchaus nicht den Eindruck intelligenter Elektroinstallateure machten, stellte ich meinen diesbezüglichen Wissensdurst an kompetenter Quelle.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich nun, daß sich die Wellblechfront in Wallung befände und sich auf den Kriegspfad begeben habe; alles in der Sorge um die verängstigte Republik. Aus diesem Grunde hätten sie ihre früher so fleißig benutzten giftigen Pfeile wieder ausgegraben, frisch gewienert und hätten sie zu ihrem Symbol (wohl von Sempel abgeleitet in diesem Falle) erhoben, indem sie dieselben in Form eines Stück Gartengeländers an die Stelle gebracht hätten, wo bei einem deutschen Manne die edlen Regungen sitzen. Ein krampfhaft unglücklicher Gedanke! Nach meiner Ansicht müßte dieses Abzeichen am Hofenboden zu tragen sein. — Ja nun, die Ansichten sind eben verschieden und werden es auch immer bleiben. Aber wenn ich mich recht erinnere, so ist uns ja auf Konto Weimarer Verfassung die Meinungsfreiheit gutgeschrieben worden. Darum will ich mich beilen und davon noch etwas Gebrauch machen, bevor die Belastungen dieses Kontos den gutgeschriebenen Posten ausgeglichen haben. Wenn ich solche kindlichen Spiele verfolgen darf, wie sie uns hier vorgegaukelt werden, dann bin ich immer stolz darauf, daß unsere Ideen auch im gegnerischen Lager Wertschätzung finden, indem man sie zur Ausaat bringt. Aber — das große „Aber“ besteht darin, daß der Boden, auf den diese Samenkörner fallen, kein hochwertig kultivierter ist, weshalb dann auch der Ertrag entsprechend ausbleibt.

„Das Fleisch ist willig, aber der Geist ist schwach!“
Ist der Spruch, den ich der aufeisernen Heimfront in voller Deutung verwendbar nur für Kohlenkästen, in ihr strategisches Kochbuch schreiben möchte. Ja, liebe Bundesbrüder, um Marx, Liebknecht und sonstige Abfahrtsmittel, auf den Geist kommt es an! Ich kenne ja eure Sorgen! Bei den wässerigen Ideen, die bei euch als trübe Bächlein fließen, müßt ihr immer in Sorge sein, daß das bishigen Respekt vor euch nicht ganz aus den Bechtern eurer Hammelherde hinausgelaufen wird.

Darum kann man es verstehen, wenn ihr von dem guten Willen befeelt seid, eine Uebertragung gesunden Blutes in euren fleischen Körper vorzunehmen. Ich gebe euch aber den guten Rat, laßt dieses kühne Unterfangen, denn sobald Agonie eingetreten ist, hilft auch der beste Wille nichts mehr. Nehmt reumütig die Spargelpfeilgelande von eurer träben und betrübten Flaschenbrust und laßt sie unter den feierlichen Klängen eures Kampfliedes:

„Eieg oder Tod, wir fahren Brot!“
zu einem Friedhofsgeländer zusammen, dann habt ihr auch eine geschlossene Einheitsfront. Es ist nämlich höchste Zeit, daß ihr euch beerdigen laßt. Alles an euch riecht schon.
Deutscher Michel.

Der Wohlfahrts-Staat

R. Kein Satz in der Regierungserklärung der Regierung Papen hat auf der Gegenseite so kräftig eingeschlagen, wie der Satz, in welchem Papen von der Wohlfahrtsanstalt spricht. Wörtlich stand zu lesen:

„Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“

Die ganze Systempresse erhob sich zu einem beispiellosen Wutgeheul. Keine Ausgabe von Zeitungen des schwarz-roten Systems, wo nicht immer und immer wieder auf den „Wohlfahrtsstaat“ hingewiesen wird. Sie wissen ganz genau, die Herren von der anderen Seite, wie der Satz gemeint ist, aber trotzdem sie das wissen, haben sie das allergrößte Interesse daran, den Sinn des Satzes ins Gegenteil zu kehren. Wenn Papen davon gesprochen hat, daß versucht wurde, den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen, dann tut er das nicht im Hinblick auf die ungeheure Erwerbslosenzahl und die beispiellose Belastung des Volkes mit den Ausgaben für die soziale Fürsorge. Papen hat sicher bei seiner Feststellung einzig und allein die Interessenpolitik brandmarken wollen. Es ist also nicht von der Arbeitslosenunterstützung die Rede gewesen, sondern sinngemäß nur von dem Versuch, den Staat dazu zu bewegen, sich unverdiente Pflichten zu verschaffen. Es ist das Verdienst der Regierung Papen — mag man zu ihr stehen, wie man will, — eindeutig festgestellt zu haben, daß das System Eigenhaft vor Gemeinnutz pflegte. Es ist schon richtig, daß allein der Versuch, den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen, zu einer Schwächung der moralischen Kräfte geführt hat. Dies beweisen uns die unter dem schwarz-roten System allein möglichen ungeheuerlichen Korruptionsfälle. Darüber hinaus steht das Verhalten Einzelner in einem allzu krassen Widerspruch zu der allgemeinen Not des deutschen Volkes. In dieser Hinsicht ist wiederum die Bezeichnung „Wohlfahrtsanstalt“ für den Staat des schwarz-roten Systems unbedingt angebracht. Wenn die Presse der Gegenseite dies abzuleugnen oder zu verdrängen versucht, so beweist dies, daß die Herausstellung solcher Systemblößen an dem Fundament der bishigen Parteikoalition rüttelt. Es ist die blasse Angst vor der kommenden Abrechnung, welche die andern zwingt, den feststehenden Tatsachen ins Gesicht zu schlagen.

Wir wollen deshalb ein klein wenig den Nachweis führen, daß die herrlich und in Freuden lebenden Systemgrößen für sich selbst aus dem Staat eine Wohlfahrtsanstalt gemacht haben. Erinnern wir doch daran, daß beispielsweise der ehemalige Reichshausier Dr. Marx (Zentrum) für eine ganz kurze Gastrolle nicht weniger als 38 520 Mark Pension bezog. Ihm folgt der SPD-Bauer (besonders bekannt aus dem Barmat-Prozess) mit einer Pension von 18 500 Mk., der verstorbene Herrmann Müller mit 16 854 Mark und der Herr Scheidemann mit 16 500 Mark. Das ist nur ein winziger

Teil von den Ruhestuhlern des Staates vom November 1918. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß die Genannten heute lange nicht mehr diese Bezüge einstecken würden. Es ist nicht mehr wie recht und billig, als daß auch diesen Herren die Bezüge notverordnungsgemäß gekürzt worden sind. Fest steht einzig und allein, daß nicht ein einziger der Genannten die Resuspension verdient hat.

Doch fahren wir weiter. Ein anderes Kapitel sind die nur in Deutschland möglich gewordenen Korruptionsunterstützungs- und Betrugsfälle, die den blamablen Verfall deutschen Pflichtgefühls aufzeigte. Wo Juden und Schieber internationalen Formats sich mit den Großen des deutschen Volkes gefund und erhoben, waren immer irgendwelche schwarz-roten Systemgrößen beteiligt. Dies gilt sowohl für den Barmat-Prozess, in dem namhafte an höchsten Reglerungsstellen sitzende Parteibuchgrößen beteiligt waren, wie auch für die Antiskler- und Sklarekprozesse, die die Sucht nach möglichst mühelos erworbenem Reichtum in aller Deffentlichkeit bloßlegte. Nur in einem Staat, wie er durch das Novemberverbrechen geschaffen wurde, war es möglich, daß Unterschlagung und Betrug in den Kommunen in einem Ausmaß in Erscheinung treten konnten, daß dafür jede Bezeichnung zu gelinde wird. Auch hier eine kleine Auslese. Bei der Kommandantur in Berlin wurden 460 000 Mark, bei der Stadtbank in Berlin 130 000 Mark, bei der Stadtkasse in Berlin 750 000 Mark, bei der Milchversorgung in Warmen 300 000 Mark, bei der

Sparkasse Arnshach 800 000 Mark, bei der Stadtverwaltung Frankfurt 2 500 000 Mk. und bei der Stadtkasse Düsseldorf 500 000 Mark veruntreut. Bei all diesen Gaunereien waren namhafte Politiker der Gegenseite stark beteiligt. Allein die beiden Gegenüberstellungen beweisen schlaglichtartig, daß Herr von Papen die schwarz-roten Genossen mit seinem Ausspruch von der „Wohlfahrtsanstalt“ an der empfindlichsten Stelle getroffen hat und daß dieser Ausspruch im wesentlichen es ist, der die vorher geheime und nunmehr offene Verbindung unter den Partnern des im Sterben liegenden Systems bewirkt hat. Es ist Zeit, daß dieser Augiasstall ausgemistet wird. Es ist Zeit, daß eine starke Hand die Geschichte des deutschen Volkes in die Hand nimmt und restlos unter den zerlegenden Kräften aufräumt.

Aus dem Amtsbezirk Weinheim: Hemsbacher Brief

Am Sonntag, den 19. ds. Mts. veranstaltete die Sozialistische Arbeiter-Jugend in Hemsbach eine Sonnwendfeier. Diese sogenannte Sonnwendfeier, die in der Nacht von Samstag auf Sonntag begann, war alles in Allem ein schamloses Treiben größtenteils Bengels und halbnackter Weiber, über das man eigentlich kein Wort verlieren sollte. Es muß aber folgendes festgestellt werden. Hier wurde eine politische Demonstration roter Couleur unter freiem Himmel von Herrn Emil Maier, dem derzeitigen badischen Innenminister von Zentrums Gnaden genehmigt. Wir fragen Herrn Maier, ob es zutrifft, daß er die Genehmigung hauptsächlich auf Betreiben des Herrn Dize-Reinhold vom badischen Landtag, erteilt hat. So Nehliches hörten wir von unserem Karlsruher Gewährsmann. Wir fragen nur, Herr Maier! Hervorragenden Anteil nahmen an dieser Feier, die Hebräer Hemsbachers, die lebhaft gestikulierend und maulscheiden in den Straßen auf und ab pilgerten. Versteht sich, daß diese datschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, auch in den bemerkenswerten Farben der Republik geslaggt hatten. Desgleichen der C.F. Werkmeister Brauch in der Wagasse, der Erwerbslose Heinrich Brauch, dem es im Zeichen der Notverordnungen anscheinend noch recht gut geht. Der Taverl Verghauer, der darüber wacht, daß die Krankenkassen keine allzu großen Ueberschüsse machen, durfte natürlich nicht fehlen. Einen knallroten Fegen hatte der bei Leinenkugel in Weinheim beschäftigte Valentin Lang ausgezogen. Und nun wollen sie bestimmt auch noch etwas von dem Allgewaltigen des „Weißen Hauses“ hören. Der Aushredner des Tages, der sozialdemokratische und zwangsverordnete Bürgermeister von Hemsbach, dem das Wohl seiner Gemeinde ganz besonders am Herzen liegen sollte, er tut wenigstens nach außen hin so, ließ zur Feier des Tages auf ca. 3 Morgen gemeindeeigenen Wiesen das für den Farrenfall bestimmte und zur Heimfahrt fertige Heu liegen. Der Gemeindefarren soll über diesen Leichtsin den Kopf geschüttelt haben. Was sieht's den Herrn Weidenhammer an? Es galt, die Belange der Republik an diesem Tage zu vertreten. Mag darüber das Heu der Gemeinde verfaulen und verlottert werden. Dir gilt mein letzter Blick, hoch deutsche Republik, Herr Weidenhammer. Frei Heull Ruckuck.

Evangelischer Zentrumsgeist

Von der Lügenabwehrstelle der „Kirchlichen Vereinigung für positives Christentum und deutsches Volkstum“ wird uns geschrieben:

Die Tatsache, daß sich auch für den kirchlichen Wahlkampf die Errichtung einer Lügenabwehrstelle als notwendig erwies, wird wohl jeden ersten Christen mit Trauer erfüllen. Wie notwendig diese Einrichtung aber ist, bewies der politische Berichtsfalter des „Reichsgottesboten“ — ein Missionar Ph. Kr. aus Karlsruhe —, der in seiner „Chronika“ vom 26. Juni folgendes schreibt:

„Soll etwa eine deutsche Nationalkirche mit einem deutschen Gott und arischen Heiland gebaut werden, und soll dann in der Kirche des Dritten Reiches an Stelle des Kreuzes Christi das Hakenkreuz treten und die Anbetung des Gekreuzigten weichen vor dem Kultus deutscher Heldenerhebung?“

Es gibt nur zwei Möglichkeiten:
1. Der Berichtsfalter hat das Programm unserer Vereinigung überhaupt nicht gelesen. Dann läge eine unverzeihliche Leichtfertigkeit vor, die an Gemeinnützigkeit grenzt; denn ein christlicher Berichtsfalter hat die unbedingte Pflicht, sich zuverlässig zu vergewissern, ehe er zur Feder greift.

2. Der Verfasser der „Chronika“ kennt unser Programm. Denn würde es sich um eine böswillige Verleumdung handeln, die mit nichts entschuldigt werden könnte.

Es ist nicht verwunderlich, wenn unter dem Einfluß einer solch unsachlichen Kampfesweise noch hemmungslosere Geister sich bewegen fählen, nachweislich mit der Zwecklage zu operieren, im Dritten Reich werde die evangelische Kirche überhaupt verboten. Das sind die Früchte Ihrer Schreibweise, Herr Missionar!

Um der Wahrheit willen fragen wir die Schriftleitung des „Reichsgottesboten“, ob sie die Handlungsweise ihres Mitarbeiters vor ihren ernst christlichen Lesern und vor ihrem Gewissen verantworten kann!

Die Glaubensgenossen und Leser des „Reichsgottesboten“ aber verweisen wir auf den eindeutigen und unmissverständlichen Satz der Erklärung zu unserem Programm:

„Wir wissen uns eins mit allen Evangelischen, die sich zum biblischen Evangelium von Jesus Christus bekennen, dem eingeborenen Sohn Gottes als Ihren Herrn, und die festhalten an dem alleinseligmachenden Erbe unserer reformatorischen Väter.“ Sauerböhler, Pfr.

Stadt Mannheim.

Mannheim, den 30. Juni 1932

Polizei-Bericht

vom 29. Juni 1932.

Verkehrsunfall. An der Straßengabel Angel- und Rhenanstraße kam Dienstag abend auf dem Infolge des Regens glatt gewordenen Boden der Personenkraftwagen eines Wäckermeisters ins Rutschen und fuhr eine 14 Jahre alte Schülerin an, die zu Boden stürzte. Sie trug leichte Hautabwühlungen an den Knien und an den Ellenbogen davon.

Unfälle. Im Strandbad stolperte Dienstag nachmittags ein verheirateter 20 Jahre alter Plattenleger und zog sich beim Sturz einen linken Schlüsselbeinbruch zu. Er wurde mit dem Krankenauto ins Krankenhaus gebracht. — Beim Baden auf der Friesenheimer Insel brach sich Dienstag nachmittags ein verh. 33 Jahre alter Schloffer den rechten Unterschenkel. Das Sanitätsauto verbrachte ihn nach dem Städt. Krankenhaus.

Betriebsunfall. In einem Betrieb in der Schwegingerstraße zog sich Dienstag vormittags ein 48 Jahre alter verheirateter Stanzler an der rechten Hand Verletzungen zu und wurde mit einem Privatauto ins Allgem. Krankenhaus gebracht.

Gasvergiftung. Dienstag nacht hat sich ein 62 Jahre alter Landwirt im Stadtteil Käferthal in der Nähe seiner Wohnung mit Gas vergiftet. Ein unheilbares Augenleiden, das zur völligen Erblindung geführt hätte, dürfte die Ursache hierzu gewesen sein.

Kind tödlich verunglückt. Freitag vormittags 10 Uhr, wurde ein 5 Jahre alter Knabe, dessen Eltern in der Schwegingerlandstraße wohnen und der von seinen Eltern fortgeschickt war, um in einer nahegelegenen Hühnerfarm Eier zu holen, auf dem Heimwege von einem aus Richtung Schwegingen kommenden Auto aus Stuttgart angefahren und derart schwer verletzt, daß er bald darauf gestorben ist. Das Kind hat auf dem Heimwege unter Kirchbäumen nach Rischen gesucht und offenbar nicht auf das Auto geachtet. Inwiefern der Fahrer des Autos ein Verschulden trifft, konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden.

Filmschau.

- Alhambra:** „Holzappel weiß alles.“
- Capitol:** „Erport in blond.“
- Gloria:** „Konig.“
- Daloz:** „Liebesabenteuer auf Hawaii.“
- Roy:** „Das Ende von Marabu.“
- Schauburg:** „Die große Liebe.“
- Stala:** „Madame hat Ausgang.“
- Universum:** „Helden der Luft.“

Wochenbruch. Mittwoch früh um 2.38 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr telephonisch nach der Schweginger Landstraße gerufen. Dort war

Eröffnung des Reichstags-Wahlkampfes im Rufjahr Bernichtende Abrechnung mit der Schwarz-roten Rathaus-Politik

Im Rufjahr hatten sich am Dienstag abend unsere gesamten Rathausfraktionsmitglieder versammelt, um in einer kommunalpolitischen Kundgebung als Eröffnung zum Reichstagswahlkampf die diesigen katastrophalen Parlamentsverhältnisse der schwarz-roten Behelmskabinettsler anzuprangern. Eines darf vorweg genommen werden: Unsere Fraktionsmitglieder haben es glänzend verstanden, unter dem stürmischen Beifall der Versammlung, unter zeitweilig zu einem Orkan anschwellend, unser nationalsozialistisches Arbeitsprogramm zu entwickeln und die grundsätzlichen Fehler der marxistischen Politik zu beleuchten.

Pg. Dr. Reuter

eröffnete um 9 Uhr die 2 1/2 Stunden dauernde Kundgebung und beschäftigte sich in seinen einleitenden Worten zunächst mit der neuen Methode der schwarz-roten Volksverbrecher, die in ihren nur auf Lügen aufgebauten Zeitungen nichts anderes zu schreiben wissen, als nach der Methode „Halb den Dieb“ die Verantwortung der wirtschaftlichen Notverordnungen des Papen-Kabinetts auf sich zu schieben und uns Nationalsozialisten damit zu belassen. Und wie immer, wenn es galt, gegen die verhaßten Nazis ins Feld zu ziehen oder das Volk auszubeten, werfen sie jetzt sogar ihre Programmgrundzüge über den Haufen und versuchen, von der äußersten Linken bis zum „Lammströmmen“ Zentrum eine Einheitsfront zu bilden. Darnach ergriff als erster unserer Stadträte

Pg. Kunkel

das Wort und gab bekannt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach schon in 12 Stunden das Uniformverbot nunmehr auch in Baden trotz Emil Maier aufgehoben wird und damit ein schon lange bestehendes Unrecht wieder gultemacht ist. (Minutenlang anhaltender Beifall.) Wir werden uns nicht mehr länger terrorisieren lassen, sondern in Zukunft genau wie in Keßch, uns unserer Haut zu wehren wissen und den Terror mit den rücksichtslosesten Mitteln brechen. Mit erhobener Stimme gedachte Pg. Kunkel des 14. Jahrestages des Schandvertrages von Versailles, der von Marxisten unterschrieben wurde und uns unfähiges Elend und grenzenlose Not brachte. Unter tosendem Beifall ging er auf die letzte wirtschaftliche Notverordnung des Papen-Kabinetts ein, die gerade den Armen noch das Letzte genommen hat, während diejenigen, bei denen noch etwas zu holen ist, ungeschoren blieben.

Pg. v. Waldstein

unser tapferer kulturpolitischer Vorkämpfer,

am Anhänger eines Kostjages die hintere Achse gebrochen, wodurch eine Verkehrsbehinderung entstand. Der Wagen wurde mittels Abschleppgerät auf die Seite geschleppt.

Nationaltheater. In der heute stattfindenden Wiederholung von Richard Wagners „Walküre“ tritt Elio Doerffer in der Titelpartie zum

schilberte den unter der marxistischen Herrschaft eingerissenen Kulturbolschewismus auf allen Gebieten. Man schämte sich nicht, in der Mannheimer Kunstballe eine Ausstellung „Die deutsche Frau im Spiegel“ zu veranstalten und dabei das Dirnentum zu propagieren. Ein gleiches Schandmal in der deutschen Geschichte ist auch die gerade in Mannheim von uns immer angeführte Schlichtfrage. Es ist heute tatsächlich in Deutschland noch möglich, daß diese unerhörte und schamlose Tierquälerei unter den Augen und mit Billigung des „christlichen“ Zentrums gestattet ist. Es wird auch hier mit die erste Aufgabe des Nationalsozialismus sein, diese kulturunwürdige Schanderei zu verbieten. Einer unserer Vertreter aus dem Arbeiterlande,

Pg. Schmitt

sprach dann eingehend über Gewerkschaftsfragen. Es blieb den Marxisten vorbehalten, uns Nationalsozialisten als gewerkschaftsfeindlich hinzustellen. Die Nationalsozialisten sind unserem innersten Wesen nach Vertreter des schaffenden Standes und haben aus diesem Grunde nie und nimmer Veranlassung, die Verbände und Gewerkschaften abzulehnen. Aber die Verbündung dieser Gewerkschaften, deren Führer die Arbeiter dem Untergang entgegengeführt haben, werden wir restlos beseitigen. Ein weiterer Vertreter des Arbeiterlandes,

Pg. Geibel

schilberte die dauernden Provokationen und Beschimpfungen, denen wir im Mannheimer Parlament ausgesetzt waren. Man glaube dort, da die geistige Kraft der Schwarz-Roten restlos verlagert, uns Nationalsozialisten durch Anwendung von roher und brutaler Gewalt zum Schweigen zu bringen. Aber an unserer beispiellosen Disziplin sind bisher alle Angriffe gescheitert.

Pg. Fehrmann

stürmisch begrüßt, sprach in einer bisher einzig dastehenden Form über das Arbeitslosenproblem und das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wir hatten im diesigen Parlament zahllose praktische Vorschläge in konkreter Form eingebracht, die aber alle abgelehnt wurden, nur aus dem einzigen Grunde, weil wir Nazis grenzenlos verhaßt sind und man unsere Anträge daher nicht unterstützen wollte. Wir wollten Luxusausgaben und Bonusschüttler beseitigen, wir wollten eine Warenhaussteuer einführen, wir wollten die Börsenmagnaten und Bankhändler besteuern, aber keiner der Anträge fand die Unterstützung der angeblichen

letzten Mal vor ihrem Abschied von Mannheim auf. — Der erste Tag der Ausstellung „Zwei Jahre Arbeit des Nationaltheaters“ in der Kunstballe brachte bereits einen Besuch von 1200 Personen. Auf die in dieser Woche jeweils nachmittags 16 Uhr stattfindenden Führungen durch Intendant Herbert Maish wird nochmals hingewiesen.

„Vertreter des schaffenden“ Volkes. In Koburg hat Pg. Schwede, ein nationalsozialistischer Bürgermeister, gezeigt, daß nach unserem Programm eine wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erreichen ist, aber auch hier verstanden es die Marxisten durch Anwendung schamloser Lügen, die fruchtbare Tätigkeit von Pg. Schwede in ein falsches Licht zu setzen. Wir werden mit unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm die Arbeitslosen wieder einem Ziele und einem Daseinszweck zuführen, indem wir sie wieder zu Eigentümern machen und damit an die deutsche Scholle fesseln.

Pg. Orth

der wegen seiner intensiven Tätigkeit, die den Mannheimer Bonzen nicht in den Kram paßt, mit den brutalsten Mitteln als Stadtrat abgesetzt wurde, ging in besonders scharfer Form mit den Arbeitervertretern ins Gericht. Sein „großer“ Gegner, der Marxist Heimerich, hat es durch eine von uns immer angezeigte Geschäftsführung verstanden, unsere Anträge von der Tagesordnung abzuweisen und er war auch derjenige, der in der bekannten Rathauskacht die Debatte über das Schlichtverbot verhinderte. Vor einem Jahre noch glaubte Heimerich, daß ein „gedämpfter Optimismus am Platze sei“, trotzdem es sich mit jedem Tage mehr zeigte, daß er es in keiner Weise verstand, als Oberbürgermeister von Mannheim die Verhältnisse zu meistern. Nach einer eingehenden Darlegung der Mannheimer verfehlten Steuerpolitik kam Pg. Orth auf die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen zu sprechen, die einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte darstellen werden.

Unter einem Beifall, wie wir ihn im Rufjahr noch selten gehört haben, konnte Pg. Dr. Reuter die mächtige Kundgebung schließen. Spontan stimmten die Versammlungsbesucher das Horst-Wessel-Lied an, und gaben so dieser Kundgebung einen erhabenden Abschluß. Zahlreiche Kampfspenden und Zeitungsbestellungen konnten als äußerer Erfolg verbucht werden.

Parole-Ausgabe. ORTSGRUPPE MANNHEIM.

Aufruf.
Durch den starken Zuwachs der Mannheimer SA, benötigt dieselbe 4-6 Zimmer evtl. mit Lagerraum möglichst im Zentrum der Stadt. Zuschriften werden erbeten an den Sturmbann 1/110 Mannheim R 4, 18.
Die Sektion Lindenhof benötigt dringend eine Schreibmaschine. Pgg. oder Freunde unserer Bewegung, die eine Schreibmaschine zur Verfügung stellen können, werden um Angabe ihrer Adresse an den Verlag gebeten.

Betrifft: Muggenstürmer Hof. Leider sind bei der Organisation der Arbeit auf dem Muggenstürmer Hof verschiedene Fehler unterlaufen, die uns veranlaßt haben, die Einstellung der Arbeit anzuordnen. Bei unserer Rücksprache mit dem Pächter erklärte sich dieser bereit, als Entschädigung im Herbst dieses Jahres an unsere Kasse für 100 RM Lebensmittel gratis zu liefern. Jeder Pgg., der dort gearbeitet hat, erhält außerdem einen Gutschein über 2 Freieisen.
Die Ortsgruppenleitung,
J. A. Dr. Reuter.

- Sektion Deutsches Eck.** Am 30. Juni, um 20.30 Uhr, Mitgliederversammlung im „Großen Magerhof“.
- Sektion Rheintor.** Am 1. Juli, um 20.30 Uhr, Mitgliederversammlung im „Luzhof“, F 4, 12, mit Pg. Fischer.
- REBO-Amtswahlversammlung,** am 1. Juli, um 20.30 Uhr, im „Kaufmannshaus“. Pflicht für Sektionsbetriebswarte, Straßengelenkbetriebswarte, Schriftwarte, Kassierer, Betriebszellenobleute, Schlichtzellenobleute usw.
- Sektion Feudenheim.** Am 3. Juli, um 20.30 Uhr, öffentliche Versammlung im „Etern“ mit Pg. Wegel.
- Sektion Rheinan.** Am 30. Juni, um 20.30 Uhr, öffentlicher Sprechabend mit Pg. Dr. Reuter im „alten Relaishaus Pfister“.
- Achtung! Deutscher Abend!**
Am Samstag, 2. Juli, um 20 Uhr, findet im Ballhaus ein Deutscher Abend statt unter Leitung von Pg. Gebde und unter Mitwirkung der Gesangs-Abteilung der Mannheimer SA und der gesamten Schützenkapelle. Eintritt — 50 RM. Vorverkauf: Völkische Buchhandlung und Geschäftsstelle.

BEZIRK MANNHEIM

- Ortsgruppe Seckenheim.** Am 2. Juli, um 21 Uhr, Mitgliederversammlung im „Reichsader“.
- Bezirk Weinheim**
Am 30. Juni, öffentliche Versammlung mit Pg. Dr. Walter Müller im „Pfälzer Hof“. Thema: Der rote Arbeiterverrat.
- Ortsgruppe Großschloffen.** Am 3. Juli, um 20 Uhr, Bauernkundgebung mit Pgg. Schmidt-Leutershausen und Stadtrat Kunkel-Mannheim im „Jahlinger Hof“.

sich dem Wunsche des Club-Präsidenten an, daß die Fahrt im nächsten Jahre unter besseren wirtschaftlichen Umständen stattfinden möge, und ließ den RWK hochleben. Herr Jahl gedachte der toten Kameraden und feierte den Augenblick als ideale Verwirklichung deutscher Volksgemeinschaft.

Die Plauderstunde vertief in der Stiftsmühle nur zu rasch, zumal Herr Rhein vom „Flora-Quartett“ mit stimmungsvollen Liedern, die er selbst auf der Zither begleitete, und die jugendliche Violinvirtuosin Ellen Friß alles aufboten, um den Gästen Ablenkung zu verschaffen. Der Heimweg führte am Redar entlang über Heidelberg nach Mannheim zurück.

Filmwelt.

Roy. „Chauffeur Antoinette.“ Unsere Filmschreiber sind wirklich arm an Ideen. Man hat nunmehr diese Geschichte von irgend einer Dame der Gesellschaft, die plötzlich auf irgend eine stimmungsvolle Art ihr großes Vermögen verliert und nunmehr gezwungen ist, ihren Lebensunterhalt durch „Arbeit“ zu verdienen, im Stummfilm schon zweimal gesehen. Natürlich mußte man diese alte Sache auch einmal im Tonfilm ausprobieren. Wenn man wenigstens einmal einen anderen Verus gewählt hätte, aber ausgerechnet immer „Schöffer“, vielleicht sehen sich unsere Filmwütchen zu gerne in Hofen. Dazu die übliche Schlagermusik, ein bißchen Eberbach und das unvermeidliche happy end. Das Urteil: mäßig, sehr mäßig H. A. von Schlettow gibt den Wertenmacher ausgezeichnet, Charlotte Ander konnte keineswegs gefallen.

Im Beiprogramm „Die rote Lady“, ein alter Stummfilm von der russischen Revolution mit viel Klaffenhaft, kitsch und Sentimentalität. „Gloria“, „Der unbekannte Gott“. Eybke Spahall stiefelt als typischer kleinstädtischer Kramarenhändler in die „große“ Stadt, seine

jung „verheiratete“ Tochter besuchen und fällt aus einer Verwechslung in die andere. Einige, die Nachmusik bis zum Zerreißen anspannende urkomische Situationen und Verwechslungen, ein bißchen Vorbereitung zu einigen Heiraten und die Laube ist fertig. Die Handlung ist ziemlich mäßig, eine erstklassige Besetzung sorgt dafür, daß man einigermaßen wieder veröhnt wird.

Im Beiprogramm „Vollbampf Charlie“, einer der üblichen amerikanischen Sensationsfilme, in dem der ausgezeichnete Charakterdarsteller George Bancroft mitwirkt. —

Universum: „Helden der Luft.“ Schade, sehr schade, daß das kein deutscher Film ist. Es ist ein amerikanischer, und zwar ein guter Streifen. Er singt ein Preislied der ewigen Kameradschaft; ein Hohenlied der Freundschaft. Die Handlung ist ungeschickt und klar, aber nebenächlich. Die Bilder von der Kunst und dem Leben der Luftkämpfer sind das Einzige, was bei dem Film stumm wäre, würde er eine bereite Sprache von der Ehre, Liebe und Kameradschaft sprechen. Er erinnert in einzelnen Szenen an den deutschen Film „Gloria: Liebe und Weltrekord“, scheint uns aber gekonnter. Neben der Leauer, die einem überfällt, wenn man das herrliche, von uns erbaute Luftschiff J R III sieht, erfüllt uns kein Anblick mit einem berechtigten Stolz. Dankend sei anerkannt, daß selbst die Amerikaner im Film von ihm als dem besten Luftfahrzeug der Welt sprechen. —

Dieser Film ist ein Beweis für das derzeit niedere Niveau der deutschen Filmproduktion. Wo bleibt der deutsche Streifen, der die Kameradschaft in so eindringlichen Bildern prägt? —
Auch das Beiprogramm ist vorzüglich. Neben der Ufa-Woche bietet man einen feinen Hundsfilm. Auf der Bühne verfolgen zwei Rodfahrerkünstler durch ihre laubenden Darbietungen das Publikum in Stunen. Ein gutes Gesamtprogramm! —

2. Jahrg.
Rum
Heilsberg
Konze
der E
18.50
20.10
Königsbau
Konze
Meit
Rmt
Aum
Die Za
orien we
jährigen E
bis spätes
delberg J
Die er
bepflanzte
testens an
zung ange
Um de
zu erleich
Vordrucke
verleine i
fang gena
selbst zur
den.
Berget
Die f
Traffall
straße 4
A. O.) a
fromme
Maure
Submissio
dingungen
wollungsg
straße 8,
auf. Um
fang von
Stadt. W
verföhlt
lebenm
den 6. u
reichen.
zum gleic
mer sind
in erster
lag.
Seid
Ach
Str
Ein U
Da
8. Alt
Dr.
Ma
Elektr
alle
Sprechs
Altes
Feude
Gasth
AIIU
ein
T r

Die deutsche Hausfrau kauft bei:

Photo-Apparate
Platten, Filme, Papiere etc.
in großer Auswahl
Photo-Arbeiten
in bekannt gut. Ausführung
billigst
Photo-Drogerie
Friedrichsplatz 19
Ecke Augusta-Anlage, Tel. 41489
Filiale der Drogerie Ludwig & Schütthelm, O 4, 3

SOHLEREI
SCHMELCHER / GRILLPARZERSTR. 1
NAHE POST
REEL SCHNELL

Farben
eigene Fabrikate direkt an den Verbraucher, Oelfarben streichfertig, gute Blei- und Zinkweißfarben bei 5 kg per kg 80 Pfg., bei Mehrabnahme billiger
Jean Belz, Käfertal
Lack-, Oelfarben und Bohnerwachs-Fabrik
Fernsprecher Nr. 51663, Mannheimer Straße Nr. 56

3 Preislagen von Bedeutung

Bade-Schuhe von 1.70 an	Bade-Anzüge Wolle von 2.90 an	Bade-Mäntel von 7.70 an
----------------------------	----------------------------------	----------------------------

zur Bade-Saison von
Wäsche-Speck € 1,7
Paradeplatz

Capone Strümpfe
Wollwaren
Trikotunterwäsche
u. Küblerkleidung
Q 1, 12

Uhren
repariert gewissenhaft schnell
und billig unter Garantie.
Joh. Klein, Uhrmachermeister, Nur Waldhofstr. 6

Mannheimer Rabatt-Sparverein 1927 e.V.



Wir nehmen eine Verteilung von Wertgutscheinen vor, wofür ein Betrag von RM. 4200.- vorgesehen ist. Daran nehmen alle Sparer teil, welche ihr Sparbuch à RM. 5.- oder à RM. 2.- in der Zeit von Anfang Mai bis Ende Oktober gefüllt zur Ablieferung gebracht haben. Auch für 1933 ist dieselbe Verteilung vorgesehen.

Lebensmittelhaus
ROTH
Langerötterstraße 41

GARDINEN-HAUSMANN
Erzeugnisse sächs. Gardinenfabriken
Tel. 31413 P 3, 12

W. Soyez Optik / Photo
Lieferant R 3, 1, Mittelstr. 36, O 4, 13
sämtl. Krankenkassen. Jedes Armbanduhrglas 50 ⤵

Wir erfüllen alle Ansprüche
welche zu einer soliden u. behaglichen Wohnungseinrichtung gehören und bedienen Sie zuverlässig und billig. Polstermöbel u. Matratzen aus eigener Werkstätte.
Möbelhaus Schwalbach Söhne
nur B 7, 4 beim Friedrichspark. Kein Laden.

Ochsen-, Kalb- u. Schweine-Metzgerei
Fabrikation feinsten Fleisch- u. Wurstwaren
FR. BUCHELE / MANNHEIM
Ecke Luisenring und Jungbuschstraße • Telefon 21419
Hausspedition
Sie werden stets GUT und BILLIG bedient!

Joh. Geiß Eier Mannheim
Lenastr. 19 Telefon 523 52
en groß und detail Verkauf im Hof!

So behandeln die Warenhausjuden ihr Personal.

Wie in allen anderen deutschen Großstädten machen sich auch in den Hauptstraßen der lebendigen Stadt die Warenhäuser der Juden breit. Ihr Nebdach, den sie hauptsächlich aus den marxistischen Schichten der Bevölkerung ziehen, trug wesentlich zu der starken Stellung des Marxismus bei, den dieser bislang in der badi-schen Metropole hatte. Seitdem die Nationalsozialisten in Mannheim festen Fuß gefaßt haben, sind die goldenen Zeiten für diese Herrschaften vorbei. Sie müssen zu allerlei Mäßen ihre Zuflucht nehmen, um ständig das Publikum anzulocken. Jeder erinnert sich noch an den Wettbewerb der Firma Wronker, bei dem die lebenswürdigste Verkäuferin ermittelt werden sollte. Ein Unbefangener würde daraus schließen, daß die Lebenswürdigkeit der jungen Damen bei der Firma Wronker aus dem Herzen kommt, daß diese auch eine entsprechende freundliche Behandlung von ihren

Geschmackvolle Gardinen
Stores, Spannstoffe, Landhaus etc.
machen Ihr Heim freundlicher!
Korb- u. Polstermöbel
dienen der Gemütlichkeit!
Besuchen Sie mich!
Emil A. Herrmann
Stamitzstraße 15
Manufakturwaren, Konfektion, Möbel

Farbengeschäft Lindenhof
EISINGER
Rheinstraße 14 Telefon 33816
Farben, Lacke, Öle, Pinsel, (Mal-Utensilien)

Porzellan **KAISER** Eisen
Telef. 31787 gegr. 1906
MEERFELDSTRASSE 17
grüne Rabattmarken 5%
Eisenwaren • Haus- und Küchengeräte
Porzellan • Glas • Kristall • Geschenke

Weinheim:
WILHELM DELL
Buch- und Schreibwarenhandlung
HAUPTSTRASSE 74-76

Wein nur von Wein-Singer Tel. 28618
vom Erzeuger zum Verbraucher ohne Zwischenhandel. Größter u. leistungsfähigster Weinvertrieb am Platze. Fordern Sie Preisliste. Sämtliche Süd- und Krankenweine, Branntweine und Liköre offen. — Verkaufsstellen: H 5, 21, O 7, 16, Mittelstraße 30, Schwetzingen Straße 60, Meerfeld- u. Straße 72, Neckarau: Friedrichstraße 8 a.

SCHUHHAUS SCHUTZ
WEINHEIM • AM RODENSTEINER
Qualitäts-Schuhwaren • Orthopädische Abteilung

Schuh-Perletta
U. Seidelmann - Neckarstadt
Mittelstraße 32 / Fernsprech-Anschluß Nr. 50256
Herren-Sohlen RM. 2.80
Damen-Sohlen RM. 1.80
Erste Qualität!

Vorgesetzten erfahren. Weit gefehlt! Wir haben Gelegenheit gehabt, von einem Augenzeugen das Gegenteil zu erfahren. Dieser berichtete uns folgendes: Kommt da vor einigen Tagen ein infolge Unfalls im Geschäft krank geschriebener Angestellter eines Abends kurz nach Geschäftsschluß an den Personaleingang, um einen Arbeitskollegen abzuholen. In der Tür begegnet ihm sein Abteilungsleiter und überfällt den Wohnungstür mit den übelsten Ausdrücken, wie „Lump“, „Schlemihl“ und „Idiot“. Die Augenzeugen dieses Vorfalles waren alle peinlich berührt. Sie konnten nur feststellen, daß das arme Opfer wirklich keine Veranlassung zu diesem Wutausbruch des hohen Herrn Vorgesetzten gegeben hatte. Es kann sich auch niemand zusammenreimen, daß eine Firma auf das lebenswürdigste Benehmen ihrer Angestellten Wert legt, und diese selbst dabei so gemein behandelt. Wir können uns jedoch schon vorstellen, wenn der Betroffene ein Jude gewesen wäre, dann wäre das nicht vorgekommen. So ist es freilich nur ein Deutscher. Die Firma soll es auch fertig gebracht haben, einen deutschen Angestellten wegen Arbeitsmangels zu entlassen und dafür dann einen Juden einzustellen. Deutsche! Bringt ihr es noch übers Herz, in jüdischen Warenhäusern zu kaufen?

A. JOCHIM Inh. HANS KELLER
EISENHANDLUNG
WEINHEIM • HAUPTSTR. 80
Eisenwaren • Werkzeuge • Herde
Haus- u. Küchengeräte • Gartengeräte

Neckarau:
KONFITOREI UND KAFFEE
Gehring / Adlerstraße 59
Gemütlicher Aufenthalt / Eigene Konditorei

Bei uns gekauft heißt gut gekauft!
Wir führen nur Qualitätsware!
Schuhhaus Wanger
R 1, 7, Marktleck

Kaufhaus Carl Wild
am Marktplatz Weinheim
Manufaktur- u. Modewaren, Aussteuer u. Wäscheartikel, Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Enorme Auswahl, billigste Preise!
Bei Barzahlung 5% in Sparmarken!

BÄCKEREI F. SCHMIDT
Schulstraße 13
empfiehlt Backwaren aller Art in guter Ausführung

Mannheim-Neckarau:
Heinrich Kesselring, Mannheim-Neckarau
Möbelgeschäft, Bau- und Möbelschreinererei — Wörthstraße 13
Werkstätten für Innenausbau. Billigste Berechnung.

Schuh-Rhenania
Inhaber E. Schiebach, Hauptstraße 114
Lederhandlung Schuh-Reparaturen
Leder-Ausschnitt
Schuhmach.-Bedarfsartikel, Schuh-Färberei

Gasthaus z. „Lamm“
Neckarau, Siesherstraße 4
empfiehlt seine schöne Nebenzimmer und großen Saal für Festlichkeiten. Gut bürgerliche Küche, gute Weine. Ausfluß von Moninger Bier.

Gasthaus z. „GOLDENEN ROSE“
WEINHEIM • HAUPTSTRASSE 158
Gute Küche • ff. Weine u. Biere • Zeitgemäße Preise • Schönes Nebenzimmer
BESITZER: P. MITTEL

Treffpunkt der N.S.D.A.P.
im Jähringer Hof, Neckarau, Ecke Schul- und Neckarauerstraße. Hohefelle Schulstraße. Beisitzer: Karl Klein

Farben, Lacke, Pinsel Bodenwachs, Bodenbeize Bodenöle
Drogerie Otto Zahn, Mannheim-Neckarau
Friedrichstraße 11, Tel. 48476

Schuhmacherei J. Wild, Angelstraße 80
Prima Arbeit, billiger Preis. Fürsorgeschne werden in Zahlung genommen. Freie Abholung und Zustellung. Postkarte genügt

Strümpfe für Groß u. Klein
Trikotagen, Handschuhe, Modische Neuheiten, Wolle für alle Zwecke
Karl Kaibling, Weinheim
am Rodensteiner

Unsere Inserate haben Erfolg.

Wir werben um Sie! Preiswertes Angebot, günstige Kapitalanlage! Mod. Küchen, nat. las. u. weiß Mkr. 975.-, 345.-, 295.-, 225.-, 185.-. Eleg. Schlafzimmer Mkr. 650.-, 580.-, 525.-, 475.-, 395.-. Mod. Speisezimmer v. Mkr. 485.- an. Eleg. Herrenzimmer v. RM. 485.- an. Die sehr geehrte Kundschaft wird von Neckarau oder auswärts mit unserem Geschäftsauto zu den Fabriken gefahren sowie zurückgebracht! Beim Einkauf steht ich persönlich zur Verfügung.
KAUFHAUS KNAUP, NECKARAU ECKE SCHULSTR. 26
Tel. 48 407, Gegr. 1887
Wir helfen Ihnen über die Krisis und den gewaltigen Preisabbau hinweg.
Konfektion, Wäsche, Manufakturwaren etc. werden 4-6 Monate finanziert. Radio 6-12 Monate. Lampen über das Gaswerk bis 20 Monate. Möbelabteilung bis 20 Monate. Bequeme Monatsraten, ohne Wechselverpflichtung

GASTHAUS ZUR „KRONE“
FRIEDRICHSTRASSE 14
Eigene Schlichterei, Gute Küche, ff. Weine u. Biere
2 große Nebenzimmer und 2 Säle.
Inh. Georg Kunz, Metzger

Strümpfe, Trikotagen und Damen-Unterwäsche
nur im Spezialgeschäft
G. Hessinger, Weinheim